

Dortliches und Sächsisches.

Riesa, den 24. Januar 1928.

* * * Wettervorbericht für den 25. Januar. Mitte stark bewölkt und einige Niederschläge. Temperaturen schwankend, im Hochland und in den tieferen Gebirgslagen über Null bleibend. Hochland mögliche, Gebirge zeitweise lebhafte südliche bis westliche Winde.

* * * Städtischer Kraftverkehr. Aus unserem Kreis ging uns folgende Anregung zu: Bei den kleineren Stadtkreisen wird es als Mangel empfunden, daß die Fahrtzeit und das Endziel der Wagen nicht auch im Innern der Wagen zu erkennen sind. Wie oft kommt vor, daß man in der Sitz beim Einsteigen nicht weißt, wo der Wagen hinfährt und man ist neugierig, den Chauffeur zu fragen. Diesem Mangel könnte sehr leicht dadurch beseitigt werden, daß man die Richtungsschilder auf den Rücken der Wagen auf beiden Seiten mit der gleichen Anordnung verfügt, und das verdiente Breit im Wageninnen entfällt, sodass die Anschrift sowohl von außen als auch von innen gelesen werden kann. Ich hoffe, daß dieser Antrag recht bald entsprochen wird.

* * * Die Ortsgruppe Riesa im Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp. hielt am 21. 1. 1928 im Hotel Höhner ihre von über 100 Mitgliedern besuchte Jahreshauptversammlung ab. Nachdem Kam. Helm. die Eröffnungen begrüßt hatte, wurde die reibsame Tagesordnung mit einem Vortrage des Kam. Kühnert über die 5. Abänderung zum Reichsverlagerungsgefege eröffnet. Der Referent begann mit einem historischen Rückblick über die Entstehung des Reichsverlagerungsgefege und dessen bisherigen vier Abänderungen. Er besprach insbesondere die Motive, die nun bereits zum 5. Male eine Novellierung des am 12. 5. 1920 beschlossenen Gesetzes zur Folge gehabt hätten. An Hand zahlreicher Schriftmaterials zeichnete er ein Bild von den Verhandlungen im 17. Ausschuss des Reichstages unter besonderer Berücksichtigung der von den gesamten Kriegsbeschädigten an die Reichsregierung gemeinsam erfolgten Einsätze. Die nunmehr erlöste Verlängerung des neuen Gesetzes habe die erwarteten Hoffnungen nur zu einem Teile erfüllt. Besonders seien die Hinterbliebenen infolge der von der Reichsregierung neu geschaffenen Rente eines Erwerbsunfähigen, nach der sich die künftigen Verträge der Benannten richten, stark benachteiligt worden. Aus der Sache des Vorgereichten sei nur noch erwähnt, daß die künftige Gewährung von Steuerbefreiung an Hinterbliebenen, die Neufestlegung der Verlehrerrente, die Gewährung von Erziehungsbefreiungen für Kriegerwitwen und die gewiderten Voraussetzungen über die Gewährung von Elternrente bei Elternblieben besonders Beachtung fanden. Am Schluß des bestätigten aufgenommenen Referates konnte Kam. Kühnert noch davon berichten, daß die Gejahr einer Zusammenlegung der Verlagerungsabteilungen mit anderen Reichsbehörden zunächst befehllich worden sei. In der nachfolgenden Aussprache behandelte Kam. Helm verschiedene noch ungestrichene Auslegungen des neuen Gesetzes und verwies darauf, daß es an einem Abende unmöglich sei, sich mit der ganzen Materie zu befassen. Zum Geschäftsbereich referierte ebenfalls Kam. Kühnert, der wiederum aufwies, daß der Vorstand der Ortsgruppe Riesa im alten Jahre voll auf seine Pflicht erfüllt hat. Als bemerkenswert sei hervorgehoben, daß 872 schriftliche Ein- und Ausgänge zu verzeichnen waren, die den Verlehr mit den Verlagerungsbehörden, Fürsorgelämmern und sonstigen amtlichen Stellen widerstreiften. Hierbei wurde besonders das gute Zusammenarbeiten mit den einzelnen Behörden betont. Eine Ausnahme hat nur die Amtshauptmannschaft Großenhain gemacht. Der Mitgliederbestand, der am 31. 12. 1926 481 betrug, hat sich um 13 erhöht, so daß am Jahresende 1927 494 Mitglieder der Ortsgruppe angezählt haben. Nicht mitgerechnet sind die nach Hundertenzählenden Volk- und Halbwaffen. Hierbei betonte Kam. Kühnert mit Recht, daß die Ortsgruppe auf dem richtigen Wege sei und allen Anwälten somit die Spur abgedrohen habe. Der Kassierer erklärte, daß auch in perfunctorischer Hinsicht der Ortsgruppe etwas mehr Gelder zur Verfügung stehlen als in früheren Jahren. Dem z. B. stellvertretenden Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die hiernoch vollzogenen Neuwahlern ergaben, daß der Gesamtvorstand sich bis auf den 1. Schriftführer und den durch Ableben des Kam. Büchner freigewordenen Kassiererposten aus den bisherigen Vorstandsnmitgliedern zusammensetzt. Als 1. Schriftführer wurde Kam. Reinhard und als 1. Kassierer Kam. Weinert gewählt. Die Veranunlung erfuhr hierauf die Kameraden Helene Börner und Hedwig Naubath, sowie die Kameraden Paul Reichert und Max Schaub für ihre langjährigen treuen Dienste innerhalb des Ortsgruppenvorstandes durch Verleihung der goldenen Reichsbundensmedaille für die durch Kam. Kühnert an die Ausgezeichneten geäußerten Worte der Anerkennung dankte Kam. Schaub und vertrat, weiterhin mitzuwählen zum Wohle der gesamten Ortsgruppe. Von den übrigen Punkten der Tagesordnung sei nur noch erwähnt, daß der Bezirkstag am 20. Februar 1928 in Großenhain stattfindet. Über die Vorarbeiten zum Wohltätigkeitskonzert berichtete Kam. Helm. Die Opernbesetzung und der Oberstaatschultheiß unter der bewährten Führung des Herrn Studienrat Schönbaum werden wieder mit einem erlebten Programm aufwarteten. Gegen Mitternacht erreichte die interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

* * * Unter Ablauf der Ortsgruppe Riesa im Deutschen Nationalen Handlungsgesellschafts-Verein. In Erwähnung unserer gestrigen kurzen Notiz ging uns noch folgender Bericht zu: Die Opern- und Operettensängerin Gretel Stoß, die vielen durch ihr Auftreten in Springers Festschrift noch in Erinnerung ist, verstand es, durch ihre einnehmende Sopranstimme und ihr temperamentvolles Liederspiel die Herzen der Zuhörer im Sturm zu erobern. Aus verschiedenen Operetten sang sie Ariens, die mit Jubel aufgenommen wurden. Wahre Begeisterung wiesen die beiden Schuhlieder "Der Hintertanz" und die berühmte Wiener Welle. Es möcht' wieder mal in Brüning sein! Stürmischer Beifall zeigte die Künsterin, daß sie das Richtige getroffen hatte. Auch der Humorsänger Richard Saß, der sich seitdem am Flügel begnügte, verstand es meisterhaft, die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. Seine kräftige Stimme, gewürzt mit dem höhigen Humor, hat es vermocht, die Sorgen des Ultags wie diesen Abend zu vergessen. Das Opern-Potpourri, das er in humorvoller Weise vortrug, rief wahre Lachsalven hervor, sodass der Beifall nicht enden wollte. Das Amt des Anjagers hatte Kollege Kiel eier übernommen. Auch er hat es verstanden, die Anhänger in die richtige Stimmung zu versetzen. Aber auch die Tanzlustigen fanden auf ihre Kosten. Ein Quartett der Operns-Kapelle lockte aus ihren Instrumenten einnehmende Melodien, die die Zuhörer aufzufinden und zu fehligen Tanz antregten. Wie man dies nicht anders gewußt, hat es auch an diesem Abend der ÖBV verstanden, seinen Mitgliedern und Gästen einen außerordentlich genussreichen Abend zu verschaffen, der noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

* * * Zur Entscheidung über den Gebotsabbau im Bankgewerbe. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend tagte befanntlich das Reichsamt für das Kontogesetz wegen des Interesses über den Abbau der örtlichen Sonderzulagen. Besonders erhalten die Bankangestellten die gleichen örtlichen Sonderzulagen wie die Reichsbeamten, die jetzt im Rahmen der Bevölkerungsreform gefügt sind. Wie uns der Deutsche Nationalen Handlungsgesellschafts-Verein mitteilte, habe seine Reichsbankgruppe Dantons das Reichsamt angerufen. In der jetzigen Verhandlung, an der alle Kartellparteien teilnehmen, wurde ein Schiedsgericht gefügt, der die Verordnung des Reichsfinanzministers wegen des Abbau des Sonderzulagen für das Bankgewerbe als anwendbar erklärt; jedoch wird als Stützung für die Ortsbestimmung der Artikel 4 der 28. Februar 1927 gesehen. Dieser Absatz spricht bedeutend praktisch, daß die Bankangestellten den Abbau der örtlichen Sonderzulagen vornehmen können bis zu dem Gebotstand, den der betreffende Angestellte am 28. Februar 1927 vor der letzten Tarifabschaltung hatte.

* * * Verlehrtagung in Leipzig. Am Sonnabend und Sonntag geht der Sächs. Verlehrverband in Leipzig seine diesjährige Hauptversammlung ab, zu der auch von auswärts der ganze Welt groß war. Nach Begehung der Ehrfeier durch Stadtpräsident Dr. Peiske sprach der Vorsitzende des Verbands Sachsländischer Verlehrvereine Dr. Jäger aus Leipzig zum Thema: "Die Stellung unseres Verbands zum Bunde deutscher Verlehrverbände und zur Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Verlehrförderung". Er holt hervor, daß die Bemühungen des Verbands, mehr als bisher für die Verlehrförderung zu tun, an der Sparfamilie der Reichsabahngeellschaft gescheitert seien. Um dies zu ändern, sei es notwendig, aus dem Sächsischen Verlehrverband eine Spartenorganisation zu schaffen, die dann als maßgebender Faktor des Verlehrwesens den notwendigen Druck für ihre Förderungen, die ja lediglich der Verlehrförderung dienen, ausüben könne. Nach angeregter Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Sächsische Verlehrverband stellt der inneren Ausgestaltung des Bundes abwehrend gegenüber. Er verlangt vom Bund, daß er sich jeder Gewerbeverlehrförderung enthalte, ganz gleich, ob es sich dabei um in- oder ausländische Werbung handelt. Der Sächsische Verlehrverband erwartet von der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Verlehrförderung, daß sie sich in dem Sinne umorientiert, daß sie die Landesverlehrverbänden einen stärkeren Einfluss auf Gewerbenahmen einräumen.

* * * Gestillte Tarifverhandlungen. Im sächsischen Stein Kohlenbergbau hatten, wie "Der Volksstaat" berichtet, kürzlich Gehaltsverhandlungen für die Angestellten stattgefunden, die jedoch scheiterten. Angeklagt der Entlassungen, die der bergbauliche Verein aufzunehmen daran vorgenommen hat, haben die Gewerkschaften nunmehr den Schluß für den Bezirk Sachsen zwecks Einigung einer Schlichterfamilie angenommen. Ein Termin für diese Verhandlungen ist noch nicht festgesetzt worden.

* * * Industrielle Reichstagung der Deutschen Volkspartei in Dresden. Der Reichsausbau für Handel und Industrie der DVP veranstaltete seine erste Reichstagung in diesem Jahre am 10. Februar in Dresden. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wird den Verhandlungen bewohnen. Das Hauptreferat über Deutschlands wirtschaftspolitische Lage hält Reichstagsabgeordneter Dr. Rud. Schneider, Dresden, das einleitende Referat zur Frage der Verwaltungsreform wird Reichstagsabgeordneter Albrecht, Hannover, eröffnen.

* * * Austritt der USV-Mitglieder aus dem Reichsbanner. Der erweiterte Parteiausschuss der Alten Sozialdemokratischen Partei erklärt an die Mitglieder der USV folgende Rundgebung: Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bat durch Beschluss vom 14. 1. 1928 der USV, die republikanische Staatsgründung "überfordert". Zur Begründung führt er an, daß diese USV beschlossen habe, sich über das Gebiet Sachsen hinzu zu betätigen und daß sie dadurch in politischen Konkurrenz mit der Sozialdemokratischen Partei kommen müsse. Dadurch hat der Bundesvorstand den grundlegenden Standpunkt der Unabhängigkeit verlassen und sich zum einseitigen politischen Sackwälzer der Sozialdemokratischen Partei gemacht. Er hat es nicht beachtet, daß alle im Reichsbanner vereinigten politischen Parteien dauernd in politischen Konkurrenz untereinander stehen. Seine einseitige Stellungnahme zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei hat der Bundesvorstand auch dadurch bestanden, daß er gegen antirepublikane Wortschärfen und Rundgebungen der ländlichen Sozialdemokratie im Reichsbanner nichts unternehmen hat. Diese parteipolitische Einstellung des Bundesvorstandes verbietet es den Mitgliedern der USV weiter im Reichsbanner zu verbleiben. Die Reichsbannerfamilen der USV werden daher aufgefordert, unverzüglich aus dem Reichsbanner aufzutreten. Die Frage bleibt noch zu klären, inwieweit das Zentrum und die Demokratische Partei den Beschluss des Bundesvorstandes decken wollen. Die USV erklärt, daß ihre unerschütterliche republikanische Staatsgründung durch das Vorgehen des Bundesvorstandes des Reichsbanners nicht berührt wird. — Der erweiterte Parteiausschuss der USV, der am Sonntag in Dresden tagte, beschloß einstimmig, daß an den kommenden Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten teilzunehmen.

* * * Erhaltung alter Flurnamen, Ortsbezeichnungen und Straßennamen. Das Ministerium des Innern hat in einer Verordnung vom 20. Oktober 1927 den Gemeinden die Beachtung der Ortsnamen empfohlen, die auf dem Bambergener Denkmalspflege-Tag für die Erhaltung alter Flurnamen, Ortsbezeichnungen und Straßennamen aufgestellt worden sind. Dieses Bestreben wird auch vom Ministerium für Volksbildung unterstützt, das dazu in einer jordan erlassenen Verordnung auffordert: Die Bemühungen um die Bewahrung dieses alten Volksgeistes werden um so erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, die Überzeugung von seinem Sinn und Wert ins Bewußtsein des heranwachsenden Geschlechtes zu überführen. Für die Schulen aller Gattungen ergibt sich die Aufgabe, den heimatlichen Behandlungen an alten Bezeichnungen von Bergen, Straßen und Plätzen, Wäldern, Häusern und Ortsstellen, Riedern, Fluren und Wäldern, Höhen, Teichen und Bergen zu pflegen und lebendig zu erhalten. Diese Namen stellen wertvolle Erfahrungen dar, deren Kenntnis der Veranschaulichung vergangener Kulturstufen in mannigfacher Weise zu dienen vermag. Es finden sich darunter Sprachdenkmale von starkem Bildgehalt und terner Ausdrucks Kraft, die zu fruchtbarer Sprachentwicklung auf allen Stufen geeignet sind. Ferner bilden die alten Bezeichnungen als Träger heimatlicher Überlieferung eine Kulturschicht für Heimatkunst und Heimatausstellung. Das Ministerium hofft, daß die Lehrerchaft aller Schulgattungen sich der unterschiedlichen und erziehlichen Seite der Aufgabe mit der gleichen anerkenntswerten Hingabe annähme wird, die sie bei der Sammlung und Erforschung der Flurnamen bisher schon bestätigt hat. — Weiter enthält das Verordnungsblatt Verordnungen über verkürzte Reiseprüfung für Volksschullehrer und Volksschultheerinnen vor Zulassung zum Hochschulstudium, sowie eine Verordnung betreffend die einseitige Werbung für einzelne Schularten. In letzterer ordnet das Ministerium an, daß lediglich Bekanntmachungen zur Aufnahme in die Schulen zulässig sind, die die durch Gesetz und Verordnung geregelten Aufnahmeverbedingungen, die Schulbesuchsfreiheit, die für die Schule festgesetzten Bielle-

zegebenenfalls ihre Berechtigungen, Namensrecht und Ort ausüben. Ein einseitiges Werben für den Besuch einzelner Schularten wird verboten. Endlich enthält das Verordnungsblatt noch eine Verordnung über die Unterhaltsaufsätze für Studentenreferendare.

* * * Bargeldloser Zahlungsverkehr. Wie der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden mitteilt, hat noch amtierenden Bevollmächtigten der bargeldlose Zahlungsverkehr bei Errichtung von Steuern und Abgaben im Landesfinanzamtbezirk Dresden bei weitem noch nicht den Umfang erreicht, der im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erreichbar werden muß. Dennoch steht der Landesfinanzamtbezirk Dresden im bargeldlosen Zahlungsverkehr hinter anderen Landesfinanzamtbezirken ähnlich wirtschaftlicher Struktur noch weit zurück. Der bargeldlose Verkehr bringt nicht nur der gesamten Volkswirtschaft, sondern auch jedem einzelnen Steuerzahler nur Vorteile. Wer durch Überweisung von Konto zu Konto seine Steuern entrichtet, spart den Weg zur Steuerbehörde entzogen und ist bei Andrang an der Poste des langen Wartens entzogen; er ist vor Verlust geschützt, der durch Diebstahl oder Unserfahrt, ferner beim Abheben und Wechseln des Geldes und endlich auch durch Unvorsicht falsches Geld entstehen kann. Bei Zahlung von Steuern mittels Postchecken oder Postüberweisungen kommt der Vorteil hinzu, daß schon mit dem Tage der Übergabe der Scheide oder Überweisungen bei der Finanzkasse die Zahlung als getutzt gilt.

* * * Soziale Jugendarbeit. Der Soziale Ausschuss des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbundes Sachsen beschäftigt sich in seiner Sitzung am 4. Dezember mit den beiden neuen Gelegenheiten über Arbeitsgerichte und Arbeitslosenversicherung. Diese Gelegenheiten bringen wesentliche Neuerungen und Änderungen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit sich, die auch für die Jugend wichtig sind. Vor allem wurde ein eingehender Vortrag von Martin Richter über den Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes gehalten. Dieser Entwurf umfaßt auch Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren (außer Landwirtschaft). Lehrlinge, jugendliche Arbeiter u. Angestellte. Es soll eine folgende Berufsausbildung und gute Erziehung aller Jugendlichen durch Schaffung von Lehrbetrieben mit verantwortlichen Lehrern gewährleistet werden. Es ist z. B. vorgesehen, daß auch solche Jugendlichen, die beim Arbeitgeber wohnen, genügend freie Zeit und Gelegenheit erhalten, Gottsdienste zu besuchen und an den Veranstaltungen der Jugendorganisationen teilzunehmen. Die Regelung der Urlaubstage ist leider im Rahmen nicht vorgesehen, sondern soll den Handels- und Gewerbeleuten überlassen bleiben. Das ist bedauerlich; es muß ein Mindesturlaub unbedingt im Gesetz verankert werden. Der Soziale Ausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung am 29. Januar in Leipzig eingehend damit befaszen und entsprechende Schritte unternehmen.

* * * Schuldhaltes Verhalten bei Betriebsunfällen. Die Reichsverlehrversicherungsordnung bestimmt sehr auch, daß Unfälle, die sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte und auf dem Wege von der Arbeitsstätte zur Wohnung des Verlehrers ereignen, als Betriebsunfälle gelten. Das Betriebsverlehrversicherungsamt hat nunmehr entschieden, daß auch dann ein Unfall im Sinne des Gesetzes vorliegt, wenn der Verlehrer eine Schuld trifft. Es steht der Annahme eines Betriebsunfalls nicht entgegen, wenn der Verlehrer gegen Strafrechtliche Vorwürfe oder gegen einen Verbot des Unternehmers oder gegen vernünftige Überlegung verstößt. So hat sich ein Unfall dadurch angestragen, daß ein Arbeiter entgegen der Warnung des Arbeitgebers vor einem in vollem Maße bedenklichen Betriebsverlehr abgesprungene ist und schwer verunglückte. Das Reichsverlehrversicherungsamt hat trotz des Unfalls, daß der Verlehrer vernunftwidrig handelte, die schwere Verlehrung als Betriebsunfall anerkannt.

* * * Wann enden die Ansprüche auf Leihzinsen an der Krankenkasse? In der Reichsverlehrversicherungsordnung ist bestimmt, daß die Versicherten für die Dauer von 26 Wochen Anspruch auf Leihzinsen haben. Die Vorräte und Abschläge der Krankenkassen können aber diese Zeitdauer bis auf 62 Wochen erweitern. Die Versicherten müssen sich also in der Saison der Konjunktur orientieren. Allgemein werden Leihzinsen für 26 Wochen gewährt. Erkrankt ein Mitglied z. B. am 1. 1., so hat ihn die Krankenkasse von da bis zu 180 Tagen zu unterstützen. Wer der Versicherte während dieser Zeitvorange ununterbrochen nur in ärztlicher Behandlung, ohne daß Arbeitsunfähigkeit eintritt, so endigt der Anspruch auf Leihzinsen am 2. Juli. Auch wenn das Mitglied vom Erkrankungstage ab ununterbrochen arbeitsunfähig war, ist die Unterstützungszeit am 2. Juli abgelaufen. In den Fällen, in denen der Versicherte nur kurze Zeit erkrankt ist und dann wieder wieder neu erkrankt, verzögert sich der Tag des Ablaufs der Unterstützungszeit. Es ist in solchen Fällen zu prüfen, ob bei der Wiedererkrankung tatsächlich ein neuer Unterstützungsfall vorliegt. Ist das nicht der Fall, dann werden die früheren Krankheitszeiten angerechnet. Erkrankt ein Mitglied und wird erst später arbeitsunfähig, so beginnt die Unterstützungszeit erst vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit an zu laufen. Es kann also der Fall eintreten, daß ein Versicherter 10 Wochen vom Arzt behandelt und erst dann arbeitsunfähig wird. In solchem Falle wird das Mitglied dann für 30 Wochen unterstützt.

* * * Neuzzeitliche Schnell-Dampfomotiven. Auf der Strecke Berlin-Halberstadt werden von der Firma Schwarzkopff gebauten Schnell-Dampfomotiven geprüft. Die Schnell-Dampfomotiven sollen in der Stunde 120 Kilometer schaffen. Die 112-Kilometerstrecke Berlin-Halberstadt wurde bisher in 65 Minuten bewältigt. Einen Tag unterliegt die Fahrt der technischen Prüfung, am anderen Tage wird die wirkliche Kraftleistung geprüft.

* * * Einbahnstraßen in Nördlingen. Nach einer amtlichen Bekanntmachung des Stadtrates werden der Niederstadtkarabin, die Mittelstraße und die Kirchstraße zu Einbahnstraßen erklärt. Zugleich wird ein Parkverbot erlassen für einen Teil der Oebelner Straße und des Marktes. Automobilisten werden aufzumachen, die neuen Bestimmungen genau zu beachten, wenn sie sich vor Straßenschriften.

* * * Meissen. Geplante neue Eisenbrücke. Das Finanzministerium hat vom Akademischen Rat ein Gutachten eingefordert zur Vorbereitung eines Wettbewerbs für die neue Eisenbrücke in Meissen. Der Akademische Rat hat seine Arbeitskommission aufgefordert, an Ort und Stelle eine Erkundigung vorzunehmen und dann Bericht zu erzielen.

* * * Freiberg. Großer Eisenbrückenneubau. Bei Ausbaustartarbeiten in dem Grundstück der Firma Kurt Thiemeyer wurde, wie der "Freiberger Anzeiger" berichtet, ein großer Eisenmüllhaufen gemacht. Die Eisenmüllhaufen zeigen mit wenigen Ausnahmen noch vollen Brüggeln. Sie haben einen Durchmesser von 4,5 Metern, sind also größer als unsere Häuslingstürklinke. Im ganzen wurden etwa 100 Stück gefunden. Die fiktiven Müllhaufen stammen zum Teil aus den Jahren 1680 und 1691, zeigen auf der Oberseite das Bild des Kurfürsten Johann Georg I. und auf der Unterseite das kursächsische Wappen. Es ist anzunehmen, daß der Eisenbrücke im Dreißigjährigen Krieg unter Wasser gesunken ist.

* * * Dresden. Zu der Protestversammlung gegen das Reichsabnahmegesetz. In einer Betrachtung über das Ergebnis der vorgezogenen Protestversammlung gegen das Reichsabnahmegesetz erwähnt die Sächsische Volkszeitung die Behauptung Dr. Seydel's, daß der Proletat in Nebenklasse mit

der gesamten Männlichen Bevölkerung erfolgte", und bemerkt dazu: "Wir können uns nicht denken, daß g. es bei deutlich-nationaler Wirtschaftsmöglichkeit Dr. Brüggen von Südbaden in dieser Frage bis Arbeit seiner eigenen Partei im Willensausdruck erfüllt würden. Wie wir auf unsere Erfahrung von der östlichen Staatskunst erfahren, hat die soziale Regierung mit dieser Verteilungsgesetzung nichts zu tun. Sie hat also auch keine Stellung zu der Verteilung genommen. Die Behauptung, daß der Proletar in Übereinstimmung mit der gesamten jährligen Regierung erfolgte, entspricht also nicht den Tatsachen".

* Dresden. Aus der Volksrechtspartei ausgeschieden. Der Stadtvorordnete Lendel, der bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters mit der Linken stimmte und dadurch mit die Wahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters Dr. Büttner herbeiführte, ist jetzt aus der Volksrechtspartei ausgeschieden und hat sich als unparteiisch bezeichnet.

* Dresden. Wieder eine Kindesleiche gefunden. Am Vormittag des 21. Januar wurde in Hüttenroda von einem Fischermeister die völlig nackte Leiche eines neu geborenen Kindes männlichen Geschlechts aus der Elbe gezogen. Das Kind ist wahrscheinlich gestorben nach der Geburt in die Elbe geworfen worden und kann noch nicht lange im Wasser liegen gelegen haben. Eine Ermittlung der Kindesmutter lädt die polizeilichen Angaben wolle man der Kriminalabteilung nach Zimmer 149 mitteilen.

* Dresden. Aus Not in den Tod. Am 21. Januar in den zeitigen Vormittagsstunden hat sich im Grundstück Strehlerstraße 10, 2 eine Schrotgräde abgespielt. Dort wurde das Obessaar Höltmann von Kriminalbeamten mit starken Vergiftungserscheinungen in ihren Betten liegend aufgefunden. Bei Höltmann war bereits der Tod eingetreten, während seine Ehefrau noch Lebenszeichen von sich gab. Sie wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß beide wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten gemeinschaftlich den Tod gesucht haben.

* Dresden. Neues vom Stammtisch "Schwarze Rose" in Dresden. In einem bekannten Lokale Dresden gibt es, wie wohl überhaupt in jeder Großstadt, einen größeren Stammtisch, dessen Mitglieder den verschiedensten Ständen und Kreisen angehören, und der sich die Bezeichnung "Schwarze Rose" angewöhnt hat. Dieser eigenartige Name hat auch bildlich eine gewisse Berechtigung, weil sich auf dem Boden der Stammtischstube eine Bleiplatte befindet.

Ges. soll demnach gar nicht einmal so leicht sein, mit der beschworenen Rose etwa heimlich zu verbünden oder diese bei Nacht und Nebel zu stehlen. Seit einiger Zeit wird aber an der so stattlichen Tafelrunde ein Vorgang viel befandt und lebhaft erörtert, und bei dem es sich um folgendes handelt: Ein Dresdner Bürger (ein Direktor W.) batte sich um Aufnahme beworben, der schließlich auch stattgegeben wurde. Das neue Mitglied gab dann einen ordentlichen Eindruck. Bald herrschte eine recht fröhliche Stimmung. Unter der Einwirkung des reichlich genossenen Alkohols benahm sich aber der soeben aufgenommene Stammtischbruder derart (direkt lässig) ungehörig, daß man selbigen sofort wieder verabschiedete. Um allen ein Weiterkommen aus dem Wege zu geben, wurden der schwarzen Stammtischstube diejenigen Beträgen entnommen und dem Spender zurückvergütet, die dieser anlässlich seiner Aufnahme verausgabt hatte. Und so führte dieser Stammtisch-Büßfall zu allerhand anderen als sonst üblichen Stammtisch-Debatten.

* Dresden. Falsches Gericht. In der Bevölkerung ist das Gericht verbreitet, die Gerichtsaufsichtsrätin Anna-marie Donner geh. Hammer, die bekanntlich vom Schwarzerichter Dresden Mitte Dezember 1928 mit ihrem Geliebten Krönert wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt, später aber durch das Gesamtministerium zu lebenslänglichem Bußhaus begnadigt wurde, und die ihre Strafe in Waldheim verbüßt, soll der dort angegliederten Frauengemeinde überwiesen worden sein, da sie ihre Beobachtung wegen aufgetretener Heilstörung als notwendig empfunden habe. Die Gerüchte sind eben nichts weiter als solche. Kein Wort davon entspricht den Tatsachen. Frau Donner befindet sich noch wie vor in der Strafvollstreckung, sie beschäftigt sich dort mit künftig erwerblichen Arbeiten. Damit entfallen auch diejenigen Gerüchte, die bereits wegen der angeblichen, aber gar nicht eingetretenen oder schon früher vorhandenen geistigen Störung einer Niederausnahme des Verfahrens wissen wollen. Eine Neuauflösung des Mordprozesses Donner ist daher vor nicht zu erwarten, eine solche kommt auch keinesfalls jemals in Betracht.

* Dresden. Die Ablage Dr. Ritters für die Verteilungsgesetzgebung gegen das Reichsgericht. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die "Sachsenstimme", beschäftigt sich mit der Meldung der Dresden Volkszeitung, wonach Volksbildungsmittel Dr. Ritter angeblich unter dem Druck der Zentralstelle gewungen worden sei, seine Mitwirkung an der für den 22. Januar geplanten Verteilungsgesetzgebung gegen das Reichsgericht abzulegen, und schreibt u. a.: "Die Konstruktionen des Sozialistischen Blattes sind geradezu grotesk. Da es sich absolut nicht darüber beschäftigt hat, seine sachliche Auffassung zu bestimmten Paragraphen des Reichsgerichtsgesetzes in einer Versammlung darzulegen, über deren parteipolitischem Charakter er bei seiner anfänglichen Bujage im unklaren war, bemüht es sich, diese selbstverständliche Stellungnahme des Ministers in ein geheimnisvolles parteipolitisches Halbdunkel zu hüllen. Es ist von Anfang an nie ein Geheimnis gewesen, daß die Beurteilung einzelner Paragraphen des Schulgesetzes in den Kreisen der Deutschen Volkspartei — genau so wie bei allen anderen Parteien — nicht einheitlich ist und gewesen ist. Diese Meinungsunterschiede pflegt die Deutsche Volkspartei — hier im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien — nicht auf offem Markte, sondern in ihrem eigenen Kreise zu erwarten, zu klären und auszugleichen. In ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den großen Fragen des Reichsgerichtsgesetzes ist sich die Deutsche Volkspartei zum Berger und Beldowen ihrer zahlreichen Gegner durchaus einig. Wenn sie in Einzelfragen, die diesen Hauptproblemen gegenüber mindere Bedeutung haben, in ihrer Auffassung heute noch nicht vollkommen einheitlich ist, so liegt das so gut wie allein an einer verschiedenartigen Beurteilung der praktischen Auswirkungen bezüglich Wirkungsmöglichkeiten derartiger neuerer Einzelvorrichtungen der Weisheit des Bildungsausschusses. Auch dies über wird innerhalb der Deutschen Volkspartei aller Voraussicht nach ein Einvernehmen sehr viel schwerer erreicht werden, als dies den Gegnern der Partei und ihren Spekulationen lieb ist".

* Dresden. Die Dresdner Kindesentführung. Wie vorhericht, hatte das Dresdner Gericht in der seinerzeit aufsehenerregenden Kindesentführungsangelegenheit im Hause Bleichröder-Herrschel drei Haftbefehle erlassen, von denen zwei vorübergehend vollstreckt wurden: gegen Edgar von Bleichröder und gegen das Kindermädchen Johanna Strahburger, während Frau Herrschel gegen Sicherheitsleistung von der Haft verzont blieb. Wie die Volkszeitung nunmehr erläutert, hat das sächsische Oberlandesgericht auf Antrag des Anwalts der Familie Bleichröder sämtliche drei Haftbefehle aufgehoben. Damit ist auch die Sicherheitsleistung, die für Edgar von Bleichröder und seine Schwester eingezahlt worden ist, hinfällig geworden und das Geld mag nun entzweizt werden.

Die schweren Lohnkämpfe in der Eisenindustrie.

Das Reichsarbeitsministerium und der Mitteldeutsche Metallarbeiterkreis.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichsarbeitsministerium hat, wie erinnerlich, den Schiedsspruch in dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik nicht für verbindlich erklärt. Wie dem Blätter mitgeteilt wird, hat es sich dabei von dem Umstand bestimmen lassen, daß die Klage zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer so groß war, daß eine Einigung ausgeschlossen erschien, und weil inzwischen auch etwa 20 000 Arbeiter in den Streik getreten waren. Das Reichsarbeitsministerium bedauert den Fortgang der Angelegenheit weiter und hofft, im geschilderten Augenblick zu einer Versöhnung beizutragen zu können.

Stilleitung der Eisenhüttenwerke Thale.

(Thale am Harz.) Auf Beschluß des Eisenhüttenwerks Thale wurde, wie wir vom Harzer Kurier erfahren, heute früh 6 Uhr die produktive Arbeit auf dem Werk stillgelegt. Die Belegschaft besteht aus 3943 Männern und 278 Frauen. Die Notstandsarbeiten werden von 100 Mann erledigt. Abschließend dazu Kriegsbeschädigte und Lehrlinge herangezogen werden, mit denen ein Vertrag eingegangen wurde. Die Lage ist ruhig.

Görlitz. Heimatfest. Geplant ist, in diesem Sommer ein Heimatfest abzuhalten zur Erinnerung daran, daß vor 400 Jahren der Stadt das Stadtwappen verliehen worden ist. Als besonderes Feingefüge soll für die Stadt eine Wasserleitung geschaffen werden. Die Durchführung des Heimatfestes liegt in den Händen der Stadtvertretung.

* Bernstadt. Eisenbahntrevel. Wie die Ostlausitzer Zeitung aus Bernstadt meldet, wurde am Freitagabend auf den von Herrnhut nach Bernstadt verkehrenden Personenzug ein Anschlag verübt. Ein etwa 15 Zentimeter langer Holzknüppel war aus einem Holzbüchse herausgerissen und quer über die Scheiben gelegt worden. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis aber rechtmäßig und gab Gegenstampf. Die Reichsbahndirektion hat auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung bis zu 200 Mark ausgesetzt.

Burzen. Von der Stadtgemeinde wird an der Seeparkstraße eine neue Berufsschule errichtet. Sie wird 200 Schüler und 300 Schülerinnen aufnehmen.

* Leipzig. Tödlich überfahren. In Leipzig-Möbelmarkt erfaßte des Nachts ein Kraftwagen den auf der Straße liegenden 47 Jahre alten Schäfer Hentschel aus Leipzig und schleuderte ihn vorwärts. Hentschel war auf der Stelle tot. Der Führer des Kraftwagens, durch den das Unglück vorgerissen worden war, botte sich in schnellstem Tempo von der Unfallstelle entfernt und war unerkannt entkommen. Wie mitgeteilt wird, ist es jetzt gelungen, den Schuldigen zu ermitteln. Es ist ein 27 Jahre alter Kraftwagenfahrer aus Schleußig. Ein im Laufe des Sonntags als verdächtig festgenommener anderer Kraftwagenfahrer wurde wieder auf freiem Fuß gesetzt.

* Chemnitz. Todessturm aus dem dritten Stock. Gefährlich nachmittags fürzte sich infolge Nervenleidens in der Wohnungsdach ein 14 Jahre alter Bierkötter vom Küchenbalkon seiner im dritten Obergeschoss gelegenen Wohnung in selbstmörderischer Absicht in den Hof. Er war sofort tot.

* Gerstdorf b. Chemnitz. Kesselerlosion. Nach einer Bildernmeldung explodierte vormittags im Kesselhaus des Schachses Kaisergrube ein Kessel, wodurch große Verwüstungen angerichtet wurden. Der Feuermeister wurde ein Stück fortgeschleudert, doch nicht lebensgefährlich verletzt. Der Schachtmaurer wurde mit glühendem Aschevogel überwältigt und verbrant; ein anderer Bergmann erlitt leichtere Verlebungen. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht ermittelt werden.

* Oberwiesenthal. Grohauer — ein Toter. Im Stadtteil Unterwiesenthal brannte gestern abend das Untere eines Wirtschaftsbetriebs bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche Ernteverräte und das gesamte Mobiliar verbrannten. Der 71jährige Besitzer des Grundstückes, der in das brennende Gebäude zurückkehrte, um irgend welche Habseligkeiten zu retten, land in den Flammen den Tod.

* Plauen. Das zweite Todesopfer eines Unfalls. Ende Dezember sind hier zwei verheiratete Dachdecker von einem städtischen Neubau abgestürzt und so schwer verletzt worden, daß einer der Verletzten bald darauf starb. Am Montag ist auch der andere, der 34 Jahre alte Schieledachdecker Gustav Hilser im Krankenhaus an den Folgen einer Blutergötzung gestorben.

* Bautzen. Zusammenstoß zwischen Lakkauto und Motorrad. Am Montag früh fuhr auf der Kirchberger Straße in Bautzen ein Motorradfahrer mit einem Lakkauto zusammen, wobei der Führer des Motorrades auf die Straße geschleudert wurde und bewußtlos liegen blieb. Außerdem haben beide Fahrer leichte Gehirnschläge erlitten.

* Bautzen. Übertriebene Abschaltung. Anfang Dezember vorlängig dieses Jahres baute ein älterer Mann im Hochstiftbezirk an der Hindenburgbrücke die Gräber auf und nahm unter großem Jubel vieler Passanten ein Bad in den eisigen Fluten. Plötzlich verschwand er unter der Eisdecke und ist wahrscheinlich ein Herzstillstand erlitten. Nach 5 Wochen ist es endlich gelungen, den Leichnam zu bergen. Es handelt sich um einen 69 Jahre alten Schlosser.

* Cottbus. Aufregende Augenblicke erlebten vorgestern nachmittag Fußgänger und Autosabreiter am Cottbuser Bahnhofbergang. Da um 14.30 Uhr der Zug aus Dresden im Anrollen war, ließ der Bahnhofwärter die Schranken nieder. Im gleichen Augenblick kam ein Auto von Dresden, dessen Führer bei der dortigen kurzen Kurve das Niederklassen nicht bemerkte und fuhr, da siebar die Bremse verloste, mit solcher Wucht gegen die Schranken, daß diese abbrach und auf die Schienen geschleudert wurde. Nur der Gesichtsgewalt des Bahnwärters ist es zu danken, daß nicht größeres Unglück geschah, da er kurz vor dem Juge die Schranken von den Gleisen zurückzog, während die aus dem Auto gesprungenen Insassen ihren Wagen in Sicherheit bringen konnten. Haarstrich an den Beteiligten führt der Zug vorbei.

* Stendal. Ein Lustmord. In Nieden bei Stendal wurde heute vormittags in der Nähe eines Schaffhauses von

Rückbildung des Arbeits- und Lohnabkommens

Essen. (Funkspruch.) In einer hier stattgefundenen Gesamtkonferenz der Vertreter der Bergarbeiterverbände wurde beschlossen, das Arbeitsabkommen für den Ruhrbergbau und Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 20. April 1928 zu kündigen.

Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken.

Dresden. Die Direktion der Sächsischen Gußstahlwerke A.-G. in Freital teilt uns mit, daß sie die gesamte Belegschaft am Sonntag früh 8 Uhr ausgesperrt hat, weil sich die Arbeiterschaft beharrlich geweigert hat, die ihr auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 20. Dezember 1927 obliegenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Aktiengesellschaft hat sich aber bereit erklärt, den Betrieb wieder anzunehmen, sobald sich eine genügende Anzahl Leute gefunden hat, die unter Auflösung des für verbindlich erklärten Schiedsspruches arbeiten will. Wie wir weiter erfahren, hat die Arbeiterschaft am Sonnabend den Betrieb 1½ bzw. 1¾ Stunden früher verlassen, als dies nach dem gefällten Schiedsspruch für die mitteldeutsche Industrie zulässig war. Am Montag vormittag fand in Freital-Döhlen eine Belegschaftsversammlung statt, in der eine Streikkommision gebildet wurde. Der Betriebsrat hat zugestimmt, daß ganz dringende Notstandsarbeiten verrichtet werden. Von der Aussperrung werden 2000 Mann betroffen.

einem Dorfbewohner die Leiche einer unbekannten etwa 35jährigen Frau aufgefunden. Die Leiche muß schon vor dem letzten Schneefall dort gelegen haben, da sie völlig mit Schnee zugedeckt war. Die Stendaler Mordkommission stellt fest, daß an der Frau ein Lustmord begangen worden ist.

* Görlitz. Um das Görlitzer Stadtbücher. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung, das Stadtbücher in eigener Regie weiterzubetreiben und den bisherigen Intendanten Oberhardt auf ein weiteres Jahr mit der Leitung zu beauftragen. Die Spielzeit wurde auf 7 Monate festgelegt. Das Orchester und ein Teil des Schauspielers werden in den Sommermonaten in Altheide gastieren. Die vorläufige Beoldungsneuregelung der Magistratsmitglieder, Beamten und Lehrer wurde ohne lange Debatte beschlossen.

* Wünsdorf. Ein wütender Stier. Eine aufregende Szene gab es die Woche in Niedergörsdorf. Auf dem Oberlande läuft ein mächtiger Stier nach Niedergörsdorf geführt werden, er entwickelte aber trotz der Fußfesseln dem Führer. Es gab nun eine aufregende Jagd. Das böse Tier ließ auch niemanden nahe kommen und ging auf alle mit den Hörnern ein. Erst als ein Bauer eins Rufs herausbrachte, daß kapitulierte der Stier des Stieres vor der Begehrlichkeit und der Stier trostete nun der Stab nach und kam mit vielen Stunden Verzögerung doch noch an Ort und Stelle.

* Leutzsch. Der Bienenkönig auf dem Platz. Ein merkwürdiges Experiment hatten in den letzten Sonntagen der Bienenfänger Grans Tute in Rothe bei Leutzsch durchzuführen. Der Sturm warf einen Bienenstock um und zerstörte ihn ganz. Als der Bürkner früh das Unheil sah, legten die Bienen in der Nähe auf dem Platz und bauten sich in einer Schwarmtraube zusammen. Es gab sogar fünf auslaufende Brutwaben, zahlreiche Naben und bestückte Zellen. Mit neuen Waben wurde der Schwarm gefangen, zuerst in den Keller gebracht und später in einen neuen Stock gegeben. Wie das Experiment gelang, wird das Frühjahr zeigen.

Berufungsbezüge aus der sächsischen Staatsfeste.

Dresden. Die Berufungsgebühren der im Parlegg und im Stuheland befindlichen sächsischen Beamten, Geistlichen und Lehrer sowie ihrer Hinterbliebenen werden, soweit sie aus der sächsischen Staatsfeste zu gewähren sind, vom Monat Februar 1928 an nach Maßgabe der ab 1. Oktober 1927 geltenden neuen gesetzlichen Bestimmungen auf dem üblichen Wege durch die Postanstalten ausgezahlt. Mit den Februarbeständen gelangen augleich diejenigen Erhöhungsbeträge mit zur Auszahlung, die sich für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. Januar 1928 über die bereits gezahlten Vorjahre hinaus noch ergeben. Informiert für einzelne Altersteilsvergütungen berücksichtigt, nach § 6 Abz. 2 bis 4 des Beamtenzulagegelegetes vom 28. Dezember 1927 neben der allgemeinen Erhöhung noch eine weitere Erhöhung des Grundgehalts um 8 v. H. in Frage kommt, werden die sich hieraus ergebenden Erhöhungsbeträge nach Abzug der noch im Gang befindlichen Berechnungen übertragen. Da bei Berechnung der Lohnsteuer (Steuerabzug) für Januar 1928 auf die vom Beginn des Jahres 1928 an in Kraft getretenen Steuerfeststellungsbestimmungen noch nicht Rücksicht genommen werden kann, werden die inzwischen im Januar zuviel in Abzug gebrachten Steuerbeträge im Monat Februar gutgeschrieben werden. Dagegen werden von den Februarbeständen für die im August 1927 gezahlten einmaligen Unterstützungen und für die unmittelbar vor dem Weihnachtsfest gezahlten Vorschüsse mit einbehalten. Die Auszahlung der Berufungsbezüge durch die Post sowie die Gutschrift auf ein Postcheckkonto erfolgt stünzig am Werktag des Monats, wenn der Monatssteuer auf einen Sonn- oder Feiertag fällt.

Ein deutscher Schleppdampfer mit Besatzung gesunken.

Bergen. (Funkspruch.) Der Dampfer Maurita, der im Tau des deutschen Schleppdampfers Albatros von Gibraltar nach Bergen unterwegs war, meldet, daß der Albatros am Sonnabend im Ofen gesunken ist. Die ganze 10 bis 12 Personen starke Besatzung ist umgekommen. Die Maurita befand sich in außerordentlich schwerer Lage, da sie kein Feuer unter den Resseln hatte und sich nur 6 Personen an Bord befanden.

M.G.V. Amphion

Sonnabend
den 18. Februar Ein Abend im Wiener Prater

Capitol

Riesa.

Ab Mittwoch und Donnerstag der größte Erfolg dieser Spielzeit die weltberühmte Operette v. Franz Lehár

Der Rastelblinder

(Wenn zwei sich lieben).

Ein Film von der schönen blauen Donau, vom R. u. N. Infanterie-Regiment, von den singenden und klänglichen Märchenstadt Wien.

Vorführungen 7 und 9 Uhr.

U.T.-U.Z.T.-Lichtspiele

Riesa-Größe.

Im beiden Theatern zugleich das große Doppelprogramm der Ufa.

Das Volk der schwarzen Zelte

die Reiseabenteuer im Wüstenland und Gletscherland.

Meine Frau das Fräulein

ein Sitten- und Gesellschaftsbild in 8 Akten.

Vorführungen 7 und 9 Uhr.

Café Grube. Täglich Konzert. neue Kapelle.

Amtidiges.

Auf Blatt 110 des diesigen Handelsregister, betz. die Firma G. Moritz Förster in Riesa, ist am 21. Januar 1928 eingetragen worden: Der Bau-techniker Robert Förster in Riesa ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Auguste Anna verm. Förster geb. Rentsch in Riesa ist nach Niederlegung ihrer Vertretungs-fugnschaft von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen.

Amtsgericht Riesa, den 23. Januar 1928.

Strafgefangen.

Beginn Herstellung der Canthar Straße - von der G. G. G. Seifensfabrik bis Bahnhof Werdorf - wird diese hiermit bis auf weiteres für allen Fahr-verkehr, mit Ausnahme des städtischen Kraftver-kehrs, gesperrt.

Der Verkehr wird über die Mersdorfer Straße am Wasserwerk verwiesen. Zuwidderhandlungen werden nach § 866 BGB. 10 des Reichsstrafre-ches bestraft.

Der Rat der Stadt Riesa - Polizeiamt -

am 23. Januar 1928. Gb.

Das im Grundbuche für Göblio Blatt 25 auf den Namen des Hüttenarbeiters Otto Arno Berthold in Göblio eingetragene Grundstück soll am

Donnerstag, den 22. März 1928,

vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvoll-streckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 1,5 Ar groß und nach dem Verlehrswert auf 2900 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 2880 RM.; sie entspricht dem Friedens-kaufspreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GB. S. 72). - Es besteht aus dem Flur-stück Nr. 48, bebaut mit einem Wohnhaus und Nebengebäude, Nr. 25 der Ortsteile.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuch-ams und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Rimmer 8).

Rechte auf Beideigentum aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 5. Mai 1927 verlaubten Beideigentumsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, wärtens im Beideigentumstermine vor der Auf-orderung zur Abgabe von Geboten angemeldet und, wenn der Gläubiger widerstreift, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Heft-nellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Beideigentumserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusehen.

Wer ein der Beideigentum entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Bußgelds die Aufhebung oder die einstweilige Einsichtnahme des Verfahrens herbeiführen, währends für das Recht der Beideigentumserlös an die Stelle des ver-teigerten Gegenstandes tritt.

Zu 10/27 Nr. 8.

Amtsgericht Riesa, den 21. Januar 1928.

Musik

Apparate und Schall-platten große Auswahl
Electroly Apparate
Musik-Spezialhaus
B. Zeuner
— Riesa —
Hauptstrasse 73/49
Telefon: 686.

Eine größere Sendung Damen-handtaschen (nur Neuheiten) noch zu billig. Preisen (ohne Aufschlag) heute eingetroffen im Lederwaren-haus Mittag (am Capitol).

Vereinsnachrichten

Polizeivortverein "Sportlust" 1924, Jugend-abteilung. Versammlung heute Dienstag 20 Uhr im Kino. Mitgliedsbeiträge wird belastet.

Handelschülervereinigung Riesa 1925. Morgen Mittwoch pünktlich 20 Uhr in der Elbterrasse Jahres-Hauptversammlung.

Gümbohnenwald. Mittwoch, 25. 1., 20 Uhr in der Elbterrasse Jahres-Hauptversammlung.

Militär, Artill., Pioniere u. Train. Donnerstag, 26. 1., 8 Uhr abends Monatsversamml. im II. Esperanto-Gruppe Riesa. Letzte Auflösung:

Der "Bunte Abend" findet Sonnabend, 28. 1., in der Elbterrasse 19. statt. Durch Mitglieder eingeführte Gäste herzlich willkommen. Anzug beliebig, dunkel erwünscht.

Reichspartei des Deutschen Mittelstandes. Montag, 30. Jan., 20 Uhr, Hauptversammlung im Wettiner Hof. Räheres kommenden Sonnabend.

Seit 1892 reale Oderbruch-

GÄNSEFEDERN

gewölbten und staubfrei, un-gerissen 2.45 M., beste 3.50 M.
Gänselfertige gerissene Federn 4.00, 5.00, 5.75 M., allerfeinste 7.50 M. Schneige Bölsdauen 9.00 und 10.50 M. per Wund. Radnähre portofrei. Preis-liste gratis.

Infolge Anschaffung eines Kraftwagens verkauft ich

- 1 kleines Pferd
- 1 kleinen Geschäftswagen
- 1 kleinen Parkwagen
- 1 Reitsattel und Geschirre.

Färberel Arthur Nitzsche

— Schützenstraße 1. —

Im Inventur-Ausverkauf

billiger geht es nicht!
Ein Posten Waschseide (K-Seide), gekämmt und kartiert Mr. 98 68
Ein Posten Kinder-Schotten 80 und 100 cm breit . . . Mr. 1.65 1.45
Ein Posten Halbwolle schönes Muster, 80 und 90 cm breit Mr. 1.95
Erstes und größtes Rieser Eingangsgeschäft

Hauptstrasse 20 (42 L.) **Otto Wollgast** Hauptstrasse 20 (42 L.)

Trauerdrucksachen liefern schnellstens Langer & Winterlich, Riesa.

Diese Woche

Damen-Mäntel Damen-Kleider

extra billig

bei

W. Fleischhauer Nachf.

Inh. Rich. Beate

Bobitütigkeitsverein Südl. Gedächtnishalle

Zweigverein Röderau.
Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, findet im Brauerei-Meierhaus die diesjährige

Jahresversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Haushalt und Bericht der Kassenprüfer, 3. Wahl der Vorstandsmitglieder, 4. Anträge, 5. Vereinbarungsangelegenheiten. - Anträge müssen drei Tage vor Stottdienstag der Versammlung mit schriftlicher Begründung beim Vorstand eingereicht sein. - Darauf lädt höflich ein der Gesamtvorstand.

Jagdgenossenschaft Riesa.

Dienstag, den 31. Januar, abends 10.30 Uhr, findet im Bahnhof zum Anker

Hauptversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Beschlussfassung über Neuverpflichtung der Jagd, 3. Verschied.

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Teppiche

Blüten, Läufer, Tische, Tisch- und Diwanbeden noch zu ganz niedrigen Preisen erreichbar

Ernst Mittag (am Capitol)

10- bis 20000 RM.

gegen Hyp. und extra dreitische Sicherheit bei 10% Verzinsung auf schönes Geschäftshaus zu leihen ge-plant. Off. unter C 969 an das Tageblatt Riesa.

Ich suche für eine erste Firma 2 intelligente, verkaufsgewandte

Damen

bei hohem Verdienst. Rantion und Kenntnisse nicht erforderlich. Zu melden Dienstag u. Mittwoch Hotel Täglicher Hof bei Frau Ulrich, Zimmer 11.

Jünger gewandter Kaufmann als

Reisender

für Leipzig und Umgebung zum Besuch von Börsen und Kolonialwarengeschäften möglichst für sofort gefucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter C 963 an das Tageblatt Riesa.

Jüngerer tüchtiger Friseurgehilfe

(jüngerer Herrenbediensteter) bei freier Lust und Logis und gutem Lohn gefucht. Off. an Friz Neumann, Leipzig-Döhlitz, Lindenauer Str. 50.

Für die zu unserer Vereinigung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern herzlichen Dank.

Willy Klimas u. Frau Dorle geb. Wirthgen.

Nachruf.

Zum 18. d. M. schloß mein lieber Freund

Gottfried Ludewig

stud. theol.

seine Augen zur ewigen Ruhe. Wer diesen edlen Menschen und edlen Geist zu schätzen weiß, wird die Tiefe des Schmerzes ermessen.

Ruhe in Frieden!

Landberg a. d. Warthe.

Dein Freund Max Gurfhardt.

Sauberer Mädelchen als Aufwartung gesucht.

Große, Hauptstr. 58.

Jüngere Stenotypistin

die sofort oder 1. 2. 1928 gefucht. Angebote mit Bezeugnissen unter C 960 an das Tageblatt Riesa.

Dießiges und ehrliches

Zweitmädchen

nicht unter 18 Jahren, welches schon in besseren Haule gebietet bat, per 1. oder 15. Februar gefucht. Servieren erwünscht. Angebote mit Bezeugnissen unter C 961 an das Tageblatt Riesa.

Frau Walter Werner

Stimbach 2. Sachsen

Kreuzstraße 2.

Flotter Kellner

sucht Stellung in Saalbedienung, auch Ausbildung. Werte Angeb. unter C 962 an das Tageblatt Riesa.

Gründl. Unterricht i. Engl., Deutsch, Altb., Rech., Geogr. Hauptstr. 97, 3. r.

Hausgrundstück

mögl. mit Hof od. Garten, gute Lage, zu kaufen gesucht. Werte Angeb. unter C 964 an das Tageblatt Riesa.

Guter Kindergarten

dilig. zu verkaufen

Georgenstr. Nr. 30.

Achtung!

Aschegruben raumt billig und zuverlässig aller Art führt aus.

Ultermann, Feldstr. 20.

Rohrstühle

werden preiswert u. zuverlässig eingesogen. Vorbestell. 11.

Frische Seife

eingetroffen.

Alfr. Poststr. Neugröba

Turnverein Gröba D.T. Männerriege.

28. Januar • Großer Maskenball • Anker Gröba •

Gründung der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche.

Dresden. Am Montag morgen stand im Vereinshaus die offizielle Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogelsang, statt.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte

Rittergutsbesitzer Vogelsang

einleitend, daß niemals der Charakter einer ernsten Warnung und Mahnung an die Deutlichkeit und an alle Stellen des Reiches und der Staatsregierung so sehr im Vordergrund gestanden habe, wie bei der diesjährigen Landwirtschaftlichen Woche. Die Lage der Landwirtschaft und damit die der breitesten Deutlichkeit sei so ernst zu beurteilen, wie es überhaupt möglich sei.

Der Redner erklärte sodann die Landwirtschaftliche Woche für eröffnet und begrüßte die zahlreichen Teilnehmer und Gäste, besonders die Vertreter der Staatsregierung, der Reichs- und Staatsbehörden, der befreundeten Verbände usw.

In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner im einzelnen auf die Notlage der Landwirtschaft ein, die besonders unter der Unwetterkatastrophe des letzten Sommers schwer zu leiden gehabt habe. Keine der landwirtschaftlichen Krisen in den früheren Jahren habe auch nur annähernd einen so katastrophalen Verlauf wie die gegenwärtige genommen. Das Unglück und die Not der Landwirtschaft seien in erster Linie auf das Versailler Diktat und den Dawesplan zurückzuführen, und es sei erfreulich, daß eine Änderung des Dawesplanes immer nachdrücklicher gefordert werde.

Der Redner kam auch auf die Gründung des Bundes zur Erneuerung des Reiches zu sprechen, wobei er, obwohl er die Neugründung an sich begrüßte, die Frage aufwarf, ob angesichts der drückenden Not des Volkes und besonders der Landwirtschaft der Zeitpunkt schon gekommen sei, um die so wichtige Frage der Neuordnung des Reiches schon jetzt in Angriff zu nehmen. Bejahe man diese Frage, dann müsse man sich auch dem vom Ministerpräsidenten Heldt auf der Länderkonferenz gefeierlichten Standpunkt anschließen und Sachsen eine seiner historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eigenart entsprechende Bedeutung zuerkennen.

Zu fordern sei unbedingt, daß die Reichsregierung Mittel und Wege findet, die Daweszahlungen auf eine tragbare Höhe herabzumindern. Alle Hoffnungen, die man in den Dawesplan gesetzt habe, seien unerfüllt geblieben, die Arbeitslosenfziffer sei enorm gestiegen und die Landwirtschaft stehe nahe vor dem Zusammenbruch.

Kraffer Materialismus, so erklärte der Redner auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung eingehend, umnebelte jedes vernünftige wirtschaftliche Denken, unheilvoller internationaler Wirtschaftswahn ersticke jeden vernünftigen nationalwirtschaftlichen Gedanken schon im Keim. Alle Verluststände, in erster Linie Landwirtschaft und Industrie, müßten auf der gemeinsamen Plattform einer nationalen Wirtschaft vereinigt werden. Die Entwicklung verlange kategorisch eine Abänderung des zoll- und handelspolitischen Systems. Die Regierung dürfe nichts unterlassen, um der unnötigen Einfuhr ausländischer Erzeugnisse entgegenzuwirken und andererseits die Ernährung unseres Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen.

In steuerlicher Beziehung müsse gefordert werden: Übernahme der Rentenbauschuldzinsen durch

das Reich und Erlass — nicht Stundung — sämtlicher Steuern, die nicht durch Einkommen, sondern durch Subsistenz aufzu bringen sind. Die soziale Fürsorge müsse mit der Notlage des gesamten Volkes in Einklang stehen. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Ver- schuldung dürfe kein Mittel unversucht bleiben, die Personalkredite in langfristige Realkredite mit tragbarem Einsatz umzuwandeln. Rationalisierungsmaßnahmen seien in der Landwirtschaft wegen der Gefahr vermehrter Verschuldung schwer durchführbar, und es gelte solche herauszufinden, die mit wenig oder keinen Aufwendungen durchzuführen seien. Wenn wir, so schloß Rittergutsbesitzer Vogelsang, in dieser schweren Zeit als treue deutsche Bauern unsere Pflicht erfüllen, dann haben wir auch das Recht, von der Regierung den Schutz für unsere Produktion zu verlangen, der uns ein Minimum von Existenzmöglichkeit gewährt.

Im Namen der sächsischen Regierung sprach dann Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Ridda.

Der Minister erklärte, die Not der Landwirtschaft sei schwer, ebenso schwierig sei es aber, dieser Not abzuhelfen. Der Redner ging sodann näher auf die volks- und privatwirtschaftlichen Gründe der schwierigen Lage der Landwirtschaft ein. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt sei die Verminderung der Kosten zu fordern und vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt die Herabsetzung der Produktionskosten. Diese Umgestaltung müsse die Landwirtschaft aus eigener Kraft vornehmen. So ernst die Lage auch sei, so sei sie doch nicht hoffnungslos. Zur Erzielung einer Verbesserung der Produktionskosten stelle die Regierung ihre Einrichtung zur Verfügung. Der Minister betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits und des gegenseitigen Vertrauens.

Nach den Ausführungen des Wirtschaftsministers ergriff Geh. Regationsrat

Universitätsprofessor Dr. Wiedenfeld-Leipzig das Wort zu seinem Vortrag: "Der Unternehmungsausbau in Landwirtschaft und Industrie". Professor Wiedenfeld ging von der vielfach bestehenden Auffassung aus, daß Landwirtschaft und Industrie zwei in sich geschlossene Komplexe seien und behandelte dann eingehend den Aufbau zunächst der Industrie und dann der Landwirtschaft, sowie die unterschiedlichen Voraussetzungen für die beiden wichtigsten Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Wenn auch die Landwirtschaft kein geschlossenes Ganzes sei und mannigfache Verschiedenheiten durch Produktionseinrichtungen, Größe, Umfang usw. beständen, so sei doch der Zusammenhang in der Landwirtschaft größer als in der Industrie, die in sehr viele und in ihren Hauptinteressen auseinandergehende Zweige zerfällt. Starke Unterschiede beständen zwischen Industrie und Landwirtschaft sowohl in der Kapitalfrage, als auch hinsichtlich der Arbeitskräfte, der Produktionsbedingungen u. a. m. Während in der Industrie die Entwicklung zu einer immer stärkeren Konzentration und zu immer größerer Kapitalzusammenfassung führe, gebe es in der Landwirtschaft nur ganz vereinzelte Kartellgesellschaften. Das liege daran, daß für den Geldgeber, die Banken, in der Landwirtschaft nicht die Möglichkeit der Kontrolle der Betriebsunterlagen- und Aussichten gegeben sei, wie das in der Industrie durch die technische Wissenschaft möglich sei. Daher werde von den Banken Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber der Landwirtschaft geübt. Die individuelle Bewirtschaftung, die in der Landwirtschaft nötig sei, mache auch

eine individuelle Beurteilung der landwirtschaftlichen Unternehmungen, auch der größten, notwendig, wobei außerordentliche Schwierigkeiten sich ergäben und wo zu auch die landwirtschaftliche Wissenschaft noch nicht ausreiche. Auch hinsichtlich der Arbeitskräfte ergäben sich große Unterschiede. Im Gegensatz zur Industrie spielt die individuelle Arbeitsleistung in der Landwirtschaft eine maßgebende, oft sogar ausschlaggebende Rolle, wobei erschwerend noch die Schwierigkeiten der Arbeitskontrolle durch die Flächenhaftigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmungen wirken. Außerdem müsse sich in der Landwirtschaft die Produktion lediglich nach der Größe, die ja gegeben sei, richten. Die Landwirtschaft sei immer an die natürlichen Voraussetzungen gebunden.

Der Vortragende ging dann noch auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Unternehmungsarten ein und stellte eine Junahme der bürgerlichen Betriebe und eine Abnahme der Großbetriebe fest. Die Frage, ob die Kleinbetriebe oder die Großbetriebe zu vermehren seien, hänge von den örtlichen Verhältnissen ab, ebenso die Frage der sogenannten inneren Kolonisation. Im allgemeinen werde der kleinere Betrieb vor den größeren zu stellen sein. Wenn schon in der Industrie die Einzelpersönlichkeit Gelung habe, so sei das erst recht bei der Landwirtschaft der Fall.

Im Anschluß an die Eröffnung der Landwirtschaftlichen Woche eröffnete Rittergutsbesitzer Vogelsang als erste der zahlreichen Sonderausstellungen die

Ausstellung des Landesbaubauvereins für Sachsen.

Die Ausstellung bringt die verschiedensten Zuchtsorten von Getreide, Kartoffeln, Butterrüben, Klee- und Grässenarten. Auch die Staatliche Landwirtschaftliche Versuchsstation Dresden ist mit umfassenden Darstellungen vertreten. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz bringt in einer Sonderausstellung die wichtigsten Pflanzenschäden. Die Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge sind vom Landesbaubauverein zusammengefaßt. Eine Brauerteknische Ausstellung weist den Landwirt auf die Notwendigkeit hin, auch der Qualität seiner Erzeugung Beachtung zu schenken. Die Arbeitsgemeinschaft für Grünlandwirtschaft bringt neben den für Wiesen-, Weiden- und Feldfutterbau notwendigen Maßnahmen insbesondere Darstellungen ihrer Arbeit zur Förderung der Landwirtschaft in den höheren Gebirgslagen. Die Versuchsringe zeigen ihre Organisation und Arbeitsweise durch eine gemeinsame Ausstellung des Verbandes der Versuchsringe im Freistaat Sachsen und der Arbeitsgemeinschaft der Versuchsringe Sachsen-Anhalts.

Am Nachmittag hielt der Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften seine öffentliche Hauptversammlung ab, wobei Landwirtschaftsrat Uhlmann einen Vortrag mit Bildern über den Stand der Zucht des schwarzen Weißens Tieflandrindes im Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften hielt.

Ferner fanden eine öffentliche Vortragsversammlung des Landesverbandes Sachsen für Obst und Weinbau, und die Mitgliederversammlung des Sächsischen Fischereivereins mit anschließender Vortragsveranstaltung statt.

In einer Versammlung der Fachkammer für Forstwirtschaft sprachen Professor Dr. Raab-Tharandt über die Auswirkung von Versailles auf die deutsche Forstwirtschaft und Prof. Dr. Hilf-Everswalde über "Neue Ergebnisse auf dem Gebiet der forstlichen Arbeitslehre."

hoben, ob der Religionsunterricht in Einklang mit den Richtlinien der betreffenden Konfessionen steht. Fragt welche Nachteile und Vorteile für die Lehrer oder gar eine Unterordnung der Lehrer unter die Geistlichkeit seien zu befürchten, und daher betrachtet die Wirtschaftspartei auch diese Frage zunächst als gelöst.

Ein Abänderungsantrag der DVV zum § 20 des Reichsschulgesetzes.

* Berlin. (Telunion.) Neben die Stellung der Wirtschaftspartei zum Reichsschulgesetz teilt deren Pressestelle folgendes mit:

Für die Wirtschaftspartei spielen die parteilospolitischen oder überparteilospolitischen Gesichtspunkte bei diesem Gesetz nicht die geringste Rolle. Die Kreise des Mittelstandes betrachten die ganze Frage in erster Linie von ethischen Gesichtspunkten aus. Für sie ist ausschlaggebend die Erhaltung der christlichen Schule und das Recht der Eltern zur Bestimmung der Erziehungsart ihrer Kinder. Gleich dest ist in dieser Hinsicht das Reichsschulgesetz mit der ethischen Auffassung weiter Mittelstandskreise. Die Frage der Kosten, die bei der gegenwärtigen Dedikation eine große Rolle spielt, wird natürlich auch für die Wirtschaftspartei Gegenstand einer Prüfung sein; doch hängt hier die Stellungnahme noch von den Erklärungen ab, die die Reichsregierung für die zweite Leitung des Entwurfes in Aussicht stellt hat. Die mittelständischen Kreise haben auf dem Standpunkt, daß trotz der berechtigten Forderungen auf Spariaumetrie hier die Verwendung von staatlichen Mitteln angebracht sein würde, wobei selbstverständlich die Kosten sich in erträglichen Grenzen halten müßten. Die Frage der Verteilung der Kosten wird einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Wenn die Länder allein nicht in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, so wird das Reich in irgendeiner Form beitragen müssen. Sehr umstritten ist die Frage der sogenannten geistlichen Schulauflösung. Nach den ausdrücklichen Erklärungen und auch nach dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes handelt es sich nicht um eine Kontrolle oder direkte Einwirkung der konfessionellen Instanzen auf die Schule, sondern lediglich darum, daß die konfessionellen Instanzen die Möglichkeit einer Prüfung

* Berlin. Wie die Tägliche Rundschau mitteilt, wird Abg. Dr. Münnig als der Vertreter der DVV den Abänderungsantrag zum § 20 am heutigen Dienstag im Bildungsanschluß des Reichstages einbringen. In gewissem Sinne werde die Entscheidung über das Schulgesetz nicht eher in der zweiten Sitzung, sondern schon jetzt fallen, da die DVV von ihrer bisherigen Stellung zum § 20 auf Zukunft nicht abweichen werde.

Die Rheinlandbesetzung ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik.

* Paris. Im Soir greift heute Robert Poujaurac in die Debatte über das Rheinlandproblem ein. Er bezeichnet die Rheinlandbesetzung als ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik. Man könne darum auch die in Deutschland durch die Erklärung Paul Boncours auf dem Sozialistenkongress und durch sein jüngstes Interview in einem Pariser Mittagblatt hervorgerufene Erregung verhindern. Paul Boncours habe niemals darauf gedacht, Investitionsmaßnahmen allein auf Deutschland zu befrachten. Er verlange vielmehr, daß alle Völker den Weg der Ablösung beschreiten und die Sicherheit durch eine sich auf alle Nationen erstreckende Kontrolle garantiert werde. Deutschland, das entwaffnet sei und loyal seine Verpflichtungen erfülle, habe keinen Grund, diefer Formel nicht zuzustimmen. Es wäre auf jeden Fall ungerecht, Paul Boncours zu einem Gegner der Rheinlandräumung zu stimmen. Vielleicht als erster französischer Politiker habe er die Abberufung der französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet gefordert.

Betterlebten in Havanna.

So ruhig, so leidenschaftslos und beschaulich bis jetzt die Verhandlungen des 6. panamerikanischen Kongresses in Havanna waren, so plötzlich und temporentvoll scheinen sie sich jetzt, da die Sitzungen sich ihrem Ende nähern, in ihr Gegenteil zu verwandeln. In den ersten Tagen der Ausprache klappte die Regie Washingtons vorzüglich. Die Reden, die noch bis zum Ende der vorigen Woche gehalten wurden, waren ebenso inhaltslos und nichtsagend, wie dies auch die Eröffnungsrede des Herrn Coolidge unbestritten war. Mit seinem Wort ging irgend einer der Wortsührer der latein-amerikanischen Delegationen auf ein Thema ein, das unter Umständen den Nordamerikanern hätte peinlich sein können — kurz und gut, es sah noch vor am Tagen so aus, als ob der 6. panamerikanische Kongress in Havanna auslaufen würde wie das Hornberger Schießen. Ganz unplötzlich hat sich in den Verhandlungen des letzten Sonnabends eine recht spürbare Spannung Ausdruck verliehen. Diese neue Stimmung auf dem panamerikanischen Kongress ist Washington nicht günstig gesinnt. Wenn man die Untergründe dieser neuen Stimmung nachprüft, so wird man festzustellen haben, daß sie sich weniger aus rein sachlichen Meinungsunterschieden ergeben, als mehr und wohl in der Hauptsache aus einem Willen der Abwehr der südamerikanischen Nationen gegen die bisherige südliche Bevorzugung des Kongresses durch die Regie Washingtons. Diese Abwehr-Tendenz Latein-Amerikas gegen die nordamerikanische Union verdient eine um so ernstere Beachtung, als sie nicht nur von den kleineren Staaten Süd-Amerikas, sondern auch von Mexiko getragen wird, eine Tatsache, die erstaunlich ist, weil noch unmittelbar vor dem Zusammentreffen des pan-amerikanischen Kongresses eine endgültige Einigung zwischen Washington und Mexiko im Deltakonsult aufzutreten kam.

Diese Abwehrtendenzen Latein-Amerikas finden ihren Niederschlag in bestimmten Anträgen und Beschlüssen der Ausschüsse, die deutlicher als alles andere die großen Gegensätze bloßlegen. So hat unter anderem die mexikanische Delegation im Ausschuß für die Änderung der Statuten der Panamerikanischen Union einen Vorschlag überreicht, nach dem die Vorsitzenden dieser Union, die bisher stets die jeweiligen Außenminister Nordamerikas stellten, von nun an in alphabetischer Reihenfolge wechseln müßten. Dieser Antrag allein stellt schon einen ziemlich heftigen Vorwurf gegen Washington dar, dessen Bedeutung noch deutlicher wird, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die mexikanische Delegation jetzt auch in offener Opposition gegen die amerikanischen Anträge eintritt. Der amerikanische Gesandte in Mexiko, Morrow, ist zwar unplötzlich nach Mexiko gereist, vermutlich um dort im Sinne Washingtons bei dem Präsidenten Calles zu intervenieren. Aber da kaum anzunehmen ist, daß die mexikanische Delegation ohne Instruktionen ihrer Regierung handelte, so ist auch nicht zu erwarten, daß Morrow in Mexiko noch vor dem Ende des Kongresses etwas erreichen wird. Zu diesem Vorgehen Megilos in Havanna gesellt sich nunmehr auch ein Besluß des Völkerrechts-Ausschusses, in dem grundsätzlich festgelegt wird, daß kein Staat sich in die inneren Verhältnisse eines anderen einmischt dürfe. Auch diese Resolution richtet ihre Spitze nur gegen Washington. Die Nicaragua-Angelegenheit ist zwar offiziell in einer der Vollsitzungen des Kongresses noch nicht zur Sprache gekommen. Aber sie wurde im Zusammenhang mit anderen Dingen bereits von verschiedenen Rednern angeknüpft, und zwar in einer Weise, die es dem nordamerikanischen Delegierten Hughes zur Notwendigkeit machte, die Interventionspolitik Washingtons zu verteidigen. Symptomatisch für die gereizte Stimmung des Kongresses ist die Tatsache, daß die Behauptung Hughes', die Politik Washingtons sei nur von Idealismus geleitet, den einmütigsten und stärksten Widerspruch der Versammlung fand. Man ersieht also, daß im Augenblick die Situation auf dem Kongress in Havanna Bündnisse enthält, die ernsthafte Komplikationen noch verwirren könnten.

Nimmt man auch so eine einheitliche und recht spürbare Abwehrtendenz der latein-amerikanischen Nationen in Havanna zur Kenntnis, so bleibt immerhin noch die Frage zu klären, ob diese Abwehr Südamerikas genügend tatsächliche Kraft und Macht besitzt, um sich Geltung zu verschaffen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Haltung der südamerikanischen Staaten von London stark beeinflußt war. Diese moralische Unterstützung dürfte ihr den Antrieb gegeben haben. Aber schließlich ist es mit einem Antrieb allein nicht getan. Ein Abwehrkreis hat nur dann einen Stun, wenn hinter dieser Abwehr auch ein starkes Quantum von positiver Macht, Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit stehen. Besiegen die latein-amerikanischen Staaten in ihrer Abwehr des Einflusses Washingtons diese unumgänglich notwendige Macht und Handlungsfreiheit? Einige Tatsachen werden verhindern, daß dies nicht der Fall ist. Aus den offiziellen statistischen Angaben ist zu entnehmen, daß die Gesamtsumme der von Nordamerika in den latein-amerikanischen Staaten investierten Kapitalien gegenüber der Vorkriegszeit um das Fünffache gestiegen ist. Fast der gesamte Import und Export Südamerikas wird von der Wirtschaftskraft Nordamerikas beeinflußt. Nahezu sämtliche Bergwerke Boliviens, fast die gesamte Petroleumindustrie Venezuelas befinden sich in den Händen von nordamerikanischen Wirtschaftsgruppen. Die Verschuldung Südamerikas an die Nordamerikanische Union ist somit enorm. Diese Abhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet kann nicht auf politischem Gebiet eine Unabhängigkeit des Han-

Fortsetzung der Etatberatungen im Reichstag.

v. Berlin, den 28. Januar, 15 Uhr.
Die allgemeine Ratsprache über den

Etat für 1923

wird fortgesetzt.

Abg. Süder (Komm.) beantragt einen Antrag seiner Freunde mit zur Beratung zu stellen, wonach der Bericht des Sparcommissars Saemisch über die Phoebus-Angelegenheit dem Reichstag augenthändig gemacht werden soll.

Der Klägerer erläutert, diese Angelegenheit werde ohnehin noch zur Sprache kommen, weil durch einen Reichstag, der die dem Reich aus der Phoebus-Käse entstandenen Kosten vom Reichsbau angefordert werden müßten.

Abg. Seiffert (BLR)

fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumseintrag bringt diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Machtwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Mit so feindselichen Mitteln werde man die Aufwertungs-Volksbewegung nicht zurückdrängen können. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnervergütungs-Gesetz und dem notwendigen Hilfsfonds-Gesetz für die Insolationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Fr. Abg. Wolke (link. Komm.) bezeichnet den Bürgerblock als die Frucht der sozialdemokratischen Politik von 1918. Seerings habe sich schon an den Bürgerblock angelischt. Wenn man der sozialdemokratischen Presse glauben könnte, wäre Groener bereits Mitglied der SPD und Hindenburg würde bald folgen. Thumann habe wie ein schlechter Sozialdemokrat geredet. Im Gegenzug zu den offiziellen Scheinkommunisten würden die linken Kommunisten an dem Sturm dieser bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Die Reichswehr könne nicht reformiert seien müßte radikal aufgelöst werden.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler:

Der Etat hat von allen Seiten eine fühlbare Verbilligung erfahren. Alle Finanzminister der Nachkriegszeit sind nicht gerade mit Anerkennung verbüßt worden. Jetzt ist die uns gewohnte Erholungswave vorüber und es beginnt das Normaljahr der Dawes-Befreiung. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufbauarbeit steht aber noch in den Kinderschuhen und viele Probleme sind angelöscht. Man könnte fragen, warum sie nicht in Angriff genommen wurden, als Deutschland noch volle Kosten hatte; aber solche rückschauenden Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat mich wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorjährigen Giscke-Gesetzes getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen Dr. Herz und Keil die Lage noch dunkler gesehen; ich finde mich also in recht guter Gesellschaft.

Am der verpflichteten Beratung des Etats tritt nicht die Reichsregierung die Schulden, sondern der Reichstag. Die scharfe Kritik, die hier an meinen Schätzungen geübt worden ist, kann ich nicht als berechtigt anerkennen; ich werde darüber im Ausschuß nähere Aufklärung geben. Unter den heutigen Umständen darf nicht ein Etat aufgestellt werden, der am Schlus mit großen Überschüssen endet. Wir müssen auch von dem ungünstigen System des Nachkriegsabzugs abkommen.

Der Gegenstand berechtiger Kritik hat der außerordentliche Etat gebildet. Er bereitet auch der Regierung die größte Sorge. Es ist aber ein Alptraum, daß an die Reichsbahn ein neues Darlehen von 3 Millionen gegeben werden soll. Tatsächlich soll ein in Aussicht gestelltes Darlehen nicht gegeben werden. Ich muß an der Fortsetzung festhalten, daß die außerordentlichen Ausgaben gedrosselt werden müssen. Trotz der Kritik an der angeblich so optimistischen Schätzung der Einnahmen hat leider kaum einer der Kritiker Adhäsion bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil sind von denselben Kritikern Forderungen gestellt worden, die neue Ausgaben herzustellen müßten. Ein solches System ist unmöglich. Wir können nicht einen offenen Defizit-Etat aufstellen. Wer neue Ausgaben vorschlägt, muß auch Vorhalde zur Deckung machen.

Das Steuererhöhungsabschott wird jetzt vom Reichsrat durchbrochen. Die Reichsregierung hat seine Verabschaffung in seiner Weise verzögert. Heute die Ausgestaltung des Etats für 1923 sind auch wir in Sorge. In der Frage der Verwaltung und Verschwendungsreform hat man der Regierung Güterfreiheit vorgeworfen.

Wenn wir in dem Ergebnis der Länderkonferenz einen Fortschritt sehen, so befinden wir uns bei diesem Urteil in Übereinstimmung mit der Erfahrung des preußischen Ministerpräsidenten Braun. Das sozialistische Dreieck des Abg. Dr. Cremer nach dem Einheitsstaat scheint in seinen eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Zwei Tage nach seiner Rede habe ich Ausführungen seines Fraktionssprechenden Dr. Scholz gehört, die wesentlich ruhiger klangen. Der Führer der Deutschen Volkspartei in Baden, Abg. Dr. Matthes, hat vor kurzem die Meinung vertreten, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Nationalismus hochgehalten werden müsse (Hörst! Hörst!).

Mit der Verwaltungserhöhung, die von allen Seiten gefordert wird, dürfen wir nicht warten, bis das Verhältnis von Reich und Ländern neu geregelt ist. Ich hoffe, daß die von der Länderkonferenz eingesetzten Auschüsse fruchtbare Arbeit leisten werden.

Abg. Keil (Soz.)

meint, der bisherige Verlauf der Debatte habe einen ebenso tiefen wie lebhaften Einblick in das "raue und harmonische Familienleben" des Regierungsbürokrats gewährt. Der beste Maßnahmen der Regierungsparteien habe der Regierung und namentlich dem Reichsfinanzminister den Mangel an Führung an der wichtigsten innerpolitischen Frage bestätigt. Unterstreicht habe der berufene Vertreter der amtsältesten Regierungspartei beide Anträge an den Reichsfinanzminister und den Finanzminister über seine Pflichten gegenüber dem Reichsbau belehrt. Bestreitend sei die Tatsache, daß die Kreuz-Zeitung Herrn v. Guérard vorwarf,

dels gewährleisten. Das Gegenteil ist der Fall. Woraus man die Annahme schöpfen kann, daß die augenblicklichen Abwehrtendenzen auf der Konferenz in Havanna in dem Augenblick verpuffen werden, wo die gesamte Wirtschaftskraft Nordamerikas sich in einem politischen Zwang offenbart. Das endgültige Ergebnis des panamerikanischen Kongresses in Havanna dürfte sich dem ehemaligen Gesetz dieser Tatsachen nicht entziehen können.

Die Divisionskommandeure bei Groener.

In Berlin, Reichswehrminister Groener wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen die zehn Divisionskommandeure der Reichswehr nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe von schwierigen militärischen Fragen zu besprechen.

er habe die Koalitionsfreudigkeit der Partner einer starken Befreiungsprobe unterzogen. Zweifelhaft sei freilich, ob die Deutschen nationalen, wie die Kreuz-Zeitung ankündigt, prüfen würden, ob Ansehen und Würde ihrer Fraktion derartige Befreiungsproben noch lange ertragen werde. So oft noch Ansehen und Würde der Deutschen nationalen mit ihrem Drang zu den Heilsbürgern des Regierungsbürokrats angesehen werden soll.

Der Redner betont, daß die Länderkonferenz die durch ihren unfruchtbaren Verlauf allgemein enttäuscht habe.

Der Redner erklärt zu dem vorliegenden Etat, er könne sich im wesentlichen der Kritik des Abg. Dr. Cremer anschließen. Wenn der Reichsbaukongress die Angaben der Presse über die üble Phoebus-Käse bekräftigen möchte, so bleibe nur die Frage, wie es möglich war, daß so lange Zeit die auftreffenden Pressemeldungen in ganz unwahrsichtigster Weise von der Regierung dementiert wurden. Berechtigt sei die Frage, wieviel Milliarden noch in verdeckten Täschchen des Reichswehrministeriums liegen, um gelegentlich für illegale Zwecke verwendet zu werden. Bei der Erklärung des Reichsbaukongress an dem Antrittsversuch auf den Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn bot er das Bild des Greises, der sich nicht zu helfen weiß. Warum sollte er nicht den Mut, Herrn Dr. Luther mitzutragen, daß seine Erkenntnis auf Grund eines rechtlichen Irrtums erfolgt sei, und warum erfüllt er ihn nicht, deswegen von seinem Amt zurückzutreten? (Beob. Zustimmung links u. l. A.). Der Reichsinnenminister v. Guérard hat tatsächlich bei seiner Neuerung in der pomeranischen Verwaltung jenes Maß von Achtung vor der deutschen Volksvertretung vermissen lassen, daß man von einem Minister verlangen muß. Außenpolitisch verlangen wir eine geradlinige Fortführung der Verständigungspolitik, ohne die der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich wäre.

Abg. Dr. Quaaq (DN)

dankt dem Finanzminister für sein Streben nach Sparpolitik. Das von dem Minister entworfene Konjunkturbild sei aber einsichtig, denn eine normale Konjunktur müsse sich auch in der Landwirtschaft wiederholen. Die Landwirtschaft gebe jedoch im neuen Deutschland aufzuhören ohne ihre Schuld. Überreichen müsse aus seiner Sicht erzielt werden durch eine großzügige Ostpolitik. Die Rolle der Landwirtschaft und des deutschen Ostens sei verunsichert durch die furchtbare Blutentziehung infolge der großen Tribut an das Ausland, die nur aus Krediten geleistet werden könnten. Die deutsche Zahlungsbilanz siehe eine hoffnungslose Bild, sie zeige einen Schlußbetrag von mehr als ein Viertel. Die Idee, daß wir unser Platz an der Sonne auf dem Weltmarkt stark erweitern können, wird sich als Illusion erweisen. Auch Exportkredite werden daran wenig ändern. Dieses Geld, das dem Ausland deutsche Ware billig verschaffen will, wäre nützlicher angewendet, wenn es zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland verwendet würde.

Ganze Schritte der Landwirtschaft werden von den Steuern befreit werden müssen, wie es Friederich der Große nach dem siebenjährigen Kriege getan hat. Wir brauchen jetzt eine Sparpolitik in großem Stile.

Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich ist ein riesiger finanzieller Luxus, wir können uns das Gegenüberarbeitern dieser großen Verwaltungsbürokratie nicht leisten. Das Reich muß mit gutem Beispiel vorangehen und den Luxus der Spezialverwaltungen eindämmen. Beispieldeweise könnten die Behörden des Arbeitsministeriums mit der Finanzverwaltung vereinigt werden. Auch die Länder und Gemeinden, namentlich die Gemeinden, müssen den Weg zur Sparsamkeit auskämpfen. Einem rationellen Finanzanagement zwischen Reich und Ländern steht wieder der Dawesplan entgegen. Solange die Tributumreichtum nicht bestimmt ist, hängt ein Damokles-Schwert über dem Hauptheil jedes Finanzministers.

Zur Frage der Verfassungsreform wendet sich Dr. Quaaq gegen den Unitarismus. Einheit sei auch ohne Unitarismus möglich. Der preußische Staatsgedanke müsse der Träger des Reichsgebäcks werden und die Eigentümlichkeit der Länder müsse als wertvolles nationales Gut erhalten bleiben. Der Redner spricht dem Gründungsminister Schiele den Dank seiner Freunde dafür aus, daß er mit großer Energie das Reformwerk des landwirtschaftlichen Kreditwesens angefochten habe. Die Vorbereitung für die Wiederherstellung des deutschen Volksebens sei die Rückgabe des deutschen Bodens im Osten (Weißst. rechts).

Der Redner weist weiter die Angriffe auf den deutsch-nationalen württembergischen Staatspräsidenten Bagule auf, dessen Ausführungen auf der Länderkonferenz nicht so ausgelegt werden durften, wie es hier geschehen ist. Der Vorstoß gegen Herrn v. Guérard sei fehlgegangen. Gesinnungsgenossen, wie sie die Sozialdemokraten in Frankreich hätten, hätten die Deutschen nationalen dort nicht. Der Generalstaatsanwalt v. Guérard sei für die Behauptung, die Deutschen nationalen trieben im Landtag weniger fachliche Opposition, als sie es seinerzeit im Reichstag getan hätten, den Beweis schuldig geblieben. Dem preußischen Justizminister Dr. Becker wirkt der Redner Gesinnungsterror gegenüber der Studentenschaft vor. Hier zeigt sich, wie schnell ein Demokrat sich in einen Autokrat verwandeln kann. Herr v. Guérard habe in seinem Telegramm nur ausgesprochen, was alle deutschen Kreise empfanden.

Abg. Schebera-Medleburg (BLR)

hält eine Revision der Dawes-Gesetze für die Voraussetzung zu einem Wiederaufbau Deutschlands. Dazu scheint aber der richtige Zeitpunkt schon verpast zu sein. Der Redner verlangt eine gründliche Umwandlung des Steuersystems und behauert, daß die Deutschen nationalen bis jetzt mit dem Grubergerystem abgefunden hätten. Die Länderkonferenz sei ein Schlag ins Wasser gewesen, ihr Ergebnis sei gleich Null.

Um 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Diensttag, 14 Uhr, fortsetzt. Außerdem geht auf der Tagesordnung die Fortsetzung der Debatte über die Muhr-Geschädigungen und die zweite Beratung des Justiza-Etats.

Barter Gilbert wieder in Berlin.

- Berlin, (Telunion). Der Generalagent für die Reparationsabwicklungen Barter Gilbert ist gestern, von seiner mehrtägigen Reise nach den Vereinigten Staaten, wieder nach Berlin zurückgekehrt. Damit ist sein offizieller Weihnachtstag, den Barter Gilbert regelmäßig in den Vereinigten Staaten verbringt, zu Ende. Wie diesmalige Reise Gilberts hat jedoch deshalb ganz besondere Bedeutung, weil wichtige Verhandlungen, sowohl in Washington mit der amerikanischen Regierung als auch in Paris mit der französischen Regierung, bevor der Reparationskommission und in Brüssel mit der belgischen Regierung über dringende, daten Reparationsgutachten angehende Fragen stattzufinden haben. Man darf deshalb wohl erwarten, daß nach der Rückkehr Gilberts nach Berlin nunmehr auch hier Verhandlungen bevorstehen.

Politische Lageübersicht.

Der beschleunigte Besuch von Waldemars in Berlin. Am 20. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister Prof. Waldemars zu mehrmaligen Verhandlungen in Berlin ein. Gegenstand der hier im Ausland genommenen Verhandlungen wird in erster Linie eine grundlegende Vereinbarung über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages und verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen bilden. Außerdem sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluß durch den Übergang der Staatsherrschaft über das Gemeindegebiet auf Litauen nötig geworden ist. Hierher gehören Abkommen über Grenzverkehr, Wirtschaft, Wasserwirtschaft, Beomittungen, Posten und Militärenten. Endlich wird, wie bereits bekannt, auch die Frage des Abschlusses eines Friedens- und Vergleichsvertrages Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen sein.

Deut. Alberto Virelli für die Aufnahme in Berlin. Der Präsident der Internationalen Handelskammer, Exzellenz Alberto Virelli, hat an den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Befor ich den deutschen Boden verlasse, nochmals herzlichen Dank für die liebenswürdige Aufnahme und aufrichtige Wünsche für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft.“ Gleichzeitig hat der italienische Großindustrielle dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann seinen besonderen Dank für die überaus liebenswürdige Aufnahme, die er während seines kurzen Aufenthalts in Berlin gefunden hat, telegraphisch zum Ausdruck gebracht.

Der Film im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Aufführung des Films: „Der Mitter der Luft“ verboten, da er gezeigt sei, daß die öffentliche Ordnung zu fören. Gleichzeitig hat die Rheinlandkommission den von den britischen Besatzungsbehörden der Pots verbotenen Film: „Der alte Krieg“ auf Grund von Vorstellungen des Reichskommissars für die besetzten Gebiete wieder freigegeben.

Der Fall der „Allgemeinen Zeitung“ in Delitzsch. Ein Berliner Blatt meldet aus Delitzsch, daß die seit drei Jahren dort erscheinende „Allgemeine Zeitung“, die angeblich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dienen wollte, aber eine sozialdemokratische Richtung eingeschlagen hat, keinen Erfolg gehabt hat, daß aber ihr Verleger Buchdrucker Alpers trotzdem ein luxuriöses Leben geführt habe. Dieser Umstand wird dadurch erklärt, daß Alpers von dem preußischen Handelsminister aus dem von ihm verwalteten Teil des Reichsfonds zur Unterhaltung der deutschen Grenzland-Bürgern mit einer Gesamtsumme von rund 200 000 Mark subventioniert worden sei. Zu dieser Angelegenheit, die vielleicht auch zum Gegenstand einer Anfrage im Preußischen Landtag gemacht werden wird, erhört das Nachrichtenbüro des VDZ von amtlicher Seite, daß diese Sitzung aus Mitteln des preußischen Handelsministeriums oder aus solchen Mitteln, die dem Ministerium zur Verfügung stehen, keine Subvention erhalten hat. Dasselbe wird auch von Seiten der Reichsanzlei erklärt; auch diese kommt hierbei nicht in Frage.

Handelsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz. Frankreich und die Schweiz haben kiratisch einen Handelsvertrag miteinander abgeschlossen. Über Einzelheiten ist noch nichts bekannt, doch hat Frankreich der Schweiz sicherer Versicherungen nach beträchtliche Zugeständnisse in Fragen des Zolltariffs gemacht. Da uns der Feinerzeit mit Frankreich abgeschlossener Handelsvertrag die Weisungsinstellung angebilligt hat, so werden wir rein automatisch aus den Bedingungen, die Frankreich der Schweiz eingeräumt hat, beträchtlichen Nutzen ziehen können.

Beratung radikaler französischer Journalisten. Wege Beleidigung von Militärpersonen wurde der Geschäftsführer der Humanité zu 2 Monaten Gefängnis, 300 Francs Geldstrafe und 6000 Francs Schadenersatz verurteilt. Wegen des gleichen Vergnügens wurde der kommunistische Abgeordnete Gautier in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer eines kommunistischen Blattes in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe und zu Schadenersatz verurteilt.

Geheimnisvolle Brände in Tokio. Die Agence Indopacific berichtet aus Tokio über zwei geheimnisvolle Brände in den Räumen der Sowjet-Händelsdelegation in Tokio. Man vermutet Brandstiftung.

Neue Verhaftungen in der rumänischen Spionage-Angelegenheit. (Orient-Radio.) Im Zusammenhang mit der kürzlich aufgedeckten Spionage-Angelegenheit hat die Polizei drei weitere ungarische Studenten in Craiova verhaftet.

Antrag auf Richterklärung des Wahlbezirks Wölbede. Wölbeder Partei „Der Wirtschaftsbund“ hat gestern den Staatsgerichtshof in Leipzig angerufen wegen Richterklärung der Wahlen des Bezirks Wölbede. Begründet wird der Antrag, der sich auf ein juristisches Gutachten der Reichslehrer Prof. Siele (Frankfurt a. M.) und Prof. Arndt (Marburg) stützt, mit der ungerechtfertigten und ungerechtfertigten Streichung von Kandidaten des Wirtschaftsbundes durch den Wahlausschuß.

Politische Schlägerei. Aus Nürnberg wird gemeldet: In einer im Saalbau Stufen gestern abend vom Landsturm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Nürnberg, einberuften Versammlung, die sich gegen den Führer der Nürnberger Nationalsozialistischen Bandenabteilung und Stadtrat Hauptlehrer Julius Streicher richtete, kam es zwischen Nationalsozialisten und Anhängern Streichers zu groben Schlägereien. Eine Reihe von Versammlungsteilnehmern trug Verleugnungen meist leichterer Art davon. Einige Hauptbeteiligte, bei denen auch Waffen vorgetragen wurden, wurden von der Polizei angesprochen.

Eine Junggesellenfeier in Preußen? Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Preußischen Landtages feste sich Minister Hirtsteller für den Prothesenbeitrag ein. Die Gehaltung des Haushaltsausschusses beim Reichstag steige, mußte abgeworfen werden. In der Kreisbauteilefrage wollte er noch einmal beim Finanzminister verhindern, ob nicht eine bessere Regelung zu ergreifen sei. Zum Schluß erklärte der Minister, es sei vielleicht die Einführung einer Zwecksteuer, z. B. einer Junggesellensteuer, zur Erzielung von Steuereinnahmen zu erachten. Fortsetzung der Verhandlungen am Dienstag.

Der Gelegenheitswurf gegen die Splitterparteien. Wie auf Reichstagskreis verlautet, sollen heute Dienstag die Beratungen der Parteien über einen Gesetzentwurf beginnen, der die Frage der Splitterparteien behandelt, und zwar werden sich für diesen Gesetzentwurf voraussichtlich alle großen Parteien des Reichstags einigen. Es sind bereits unverbindliche Vorschläge ausgearbeitet worden. In diesen Vorschlägen ist u. a. vorgesehen, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises gefordert werden kann, daß dieser Vorschlag so viel Unterstützer Wahlberechtigter aus dem Wahlkreis aufweist, wie die Hälfte der Stimmenzahl beträgt, die zur Errichtung eines Mandats notwendig wäre. Weiter ist vorgesehen, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises die Hinterlegung eines Geldbetrages gefordert werden kann.

Um den Zahlungsmodus für die 20-prozentige Reparationsabgabe. Die deutsch-französische Verhandlungen über eine Änderung des Zahlungsmodus für die 20-prozentige Reparationsabgabe nehmen einen normalen Verlauf. Man hofft, die Verhandlungen, die auf deutscher Seite von Oberstaatsrat Hoff und Generalstaatsrat Doebele geführt werden, in Kürze zum Abschluß bringen zu können.

Vor der Haushaltssitzung in der französischen Kammer. Da in parlamentarischen Kreisen mit so viel Ungeblümt erwartete Ausprache über die finanzielle Lage Frankreichs wird heutige Dienstag nachmittag in der Kammer eröffnet werden. Um allgemeineten ist man der Ansicht, daß die Diskussion sich auf rein akademische Gedanken erstrecken wird und glaubt nicht, daß der Regierung irgendwie Gefahr drohe. Bis jetzt sind insgesamt 18 Interpellationen angemeldet. In nationalistischen Kreisen wird versteckt. Einigkeit ist entstanden, die Ausprache auf rein finanziell Gebiet zu halten, und werde deren Übergreifung auf politisches Gebiet zu vermeiden wissen.

Große Militärparade in Mainz. — Starke Verkehrsüberlagerungen. Mit dem Ausgebot aller ihrer Truppenmacht veranstaltete die Franzosen gestern nachmittag ohne ersichtlichen Grund und ohne die Bewilligung zu benachrichtigen eine Parade in einer der Hauptverkehrsstraßen, die legale Verkehr auf dieser wie auch in den angrenzenden Straßen unterband. Wie verlautet, soll eine militärische Heizer den Grund für dieses Massenaufgebot abgegeben haben. Während in den Lüften des Fliegerwaffens um Geschwader kreisen, zogen hundertlang in endlosen Kolonnen Infanterie, Kavallerie, leichte und schwere Artillerie, Tanks, Scheinwerfer und sonstige technische Truppenteile mit Musik und Hörnern an dem General vorüber, der inmitten eines großen Offiziersstabes und eskortiert von Panzerwagen die Parade obnahm. Auch die abziehenden Truppen rissen noch lange peinliche Verkehrsbehinderungen hervor, unter denen besonders der Bahntrajswagen- und Straßenbahnbetrieb zu leiden hatten.

Neue Verstärkung der deutschen Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet ihre Stellung zur Anwendung des Reichskriminalpolizeigesetzes von 1923 im besetzten Gebiet bekannt gegeben. Dabei werden die Vorbehalt und Einschränkungen gemacht, daß aus dem unbefreiten Gebiet keine Polizeibeamten oder Polizeiagenten im besetzten Gebiet Aufträge ohne Mitwirkung von Beamten des besetzten Gebietes und ohne Zustimmung der zuständigen Behörden ausführen dürfen. Die ausländischen Stellen im besetzten Gebiet seien für die Tätigkeit dieser Beamten verantwortlich. Ferner wird verlangt, daß der französische Behörde vorher über die Ankunft und den Austritt der Beamten Mitteilung gemacht wird. — Diese Verfügung bedeutet einen neuen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit und verfolgt in erster Linie politische Zwecke. Ihre Durchführung erschwert in höchstem Maße die Bekämpfung des Bandenvertrags und der Fremdenlegionierung, da die Franzosen nunmehr die Möglichkeit haben, Personen, die in ihren Diensten stehen, zu warnen und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Landwirtschaftsfragen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses, an denen auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler und Staatssekretär Dr. Popitz teilnahmen, wurden heute nach mehrstündigem Dauer unterbrochen. Sie sollen, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, am Nachmittag fortgesetzt werden. Inzwischen sollen noch einige notwendige Vorausestellungen für die Erfüllung der von den Regierungsparteien gestern formulierten Wünsche gelöst werden.

Wie wir erfahren, haben die heutigen Vormittagsverhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses zu einer gewissen Übereinstimmung in den die Landwirtschaft betreffenden Steuerfragen geführt. Dagegen ist es noch nicht gelungen, eine Einigung in der Kreis- und Binsenfrage zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium hat für die Rentenbankkredite seine Einwilligung zu einer Ermäßigung um die Hälfte der Binsensteuer erklärt. Die Forderungen der Landwirtschaft gehen jedoch auf den vollen Erlös hinaus.

Bur weiteren Klärung dieser Fragen ist für heute nachmittag 4 Uhr eine neue Sitzung in größerem Kreise anberaumt worden und zwar werden daran teilnehmen der interfraktionelle Ausschuss, der Reichsfinanzminister, der Ernährungsminister, der preußische Landwirtschaftsminister, Vertreter der Rentenbank und der Preußenfonds. Man hofft, daß es bei diesen Verhandlungen, bei denen auch die zuständigen Bankinstitute ihre Ausschöpfungen über die Möglichkeiten der Erleichterungen darlegen werden, gelingen wird, der Lösung dieser für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Probleme näherzukommen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses heute Dienstag vormittag haben wenigstens in einem Punkte bereits zu einem Ergebnis geführt. Der Reichsfinanzminister gab nämlich, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, die Zusicherung, daß die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer durch Rahmengesetz für diejenigen Betriebe, die keine Bücher führen, also die kleineren Betriebe, in ihren Abschluß wie auch in den vorangegangenen Jahren der Abschluß der Landwirte angepaßt werden sollen. Ferner versprach der Minister die Rücksichtigung der Binsen für Steuerflüchtende. Bei Präzisionen, die sich trotzdem nicht umgehen ließen, soll für die Beachtung der Bestimmungen gewirkt werden, die eine Störung des Betriebes verhindern sollen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags

heute die Einlandsprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes fort.

Abg. Stoedter (Komm.) fragte nach den Waffentransporten, insbes. für China.

Reichsaufnahmenminister Dr. Stresemann erklärte, die Prüfung der Angelegenheit sei noch nicht abgeschlossen, sie werde weiter gefördert.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte Reichsaufnahmenminister Dr. Stresemann, der inzwischen Gelegenheit gehabt hatte, sich mit der Reichsmarineleitung in Verbindung zu setzen, folgendes: Das Auswärtige Amt hat von der Marineleitung die formelle Erklärung erhalten, daß keine Reichsmarine stelle irgend etwas mit der Waffenlieferung an China zu tun hätte.

Darauf wurde eine deutsch-nationale Einigung angenommen.

Dr. Helm über die Länderkonferenz.

München. Ministerpräsident Dr. Helm empfing die Vertreter der bayerischen und außerbayerischen reichsdeutschen Presse, um ihnen ein Bild des Verlaufs und der Ergebnisse der Länderkonferenz in Berlin zu geben. Nach den Paroleen des Ministerpräsidenten steht man in Bayern die wichtigsten Ergebnisse der Länderkonferenz darin, daß die Ländervertreter über die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Weimarer Verfassung einig gewesen seien, wenn auch über den Weg dieser Änderung auf der Konferenz keine Einigkeit bestanden habe, und daß die Länderkonferenz Teillösungen als absolut unmöglich erachtete und damit sowohl den Weg der Neubildung einzelner Verwaltungseinheiten der Länder auf das Reich und den Gedanken der Bildung von Reichs-Ländern absehne habe. Schließlich habe der Verlauf der Konferenz auch mit dem Schlagwort aufgerückt, daß der Einheitsstaat billiger arbeite als der Bundesstaat. Eine brauchbare Gesamtlösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei nach bayrischer Auffassung nur dann erreichen, wenn das Problem des Verhältnisses zwischen Freien und Reich in zweckmäßiger Weise gelöst werde. Dabei betont man, daß die Verhältnisse von 1871 sich auf die deutsche Zeit nicht übertragen lassen. Bayern werde an der weiteren Erörterung des Problems „Einheitsstaat oder Bundesstaat?“ teilnehmen, halte jedoch daran fest, daß eine gewollte Lösung dieses Problems, wie vom Ministerpräsidenten auf der Länderkonferenz selbst betont worden sei, unmittelbar in die Richtung zum Einheitsstaat liege und ausgeschlossen bleiben müsse.

Entschließung

der deutschen Nationalsozialisten.

Prag, 23. Januar. Die Gesamtleitung der deutschen Nationalsozialisten hat in ihrer geistigen Sitzung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Partei weist die Neuherbung des Präsidenten Masaryk zurück, daß es die Aufgabe des deutschen Volkes sei, sich in verschiedenen Staaten auszuwirken. Die nationale Bestimmung eines jeden Volks ist es, sich in einem nationalen Einheitsstaat auszuleben. Die Partei nimmt auch für das deutsche Volk dieses Recht in Anspruch. Die ungeliebte nationale Frage steht im Mittelpunkt des politischen Kampfes, und der tschechoslowakische Staat erfüllt den nichtdeutschen Völkern gegenüber nicht einmal die in den Friedensverträgen vorgegebenen Bestimmungen des Wiederherstellungsbeschlusses.

Bur Prag der Einigungsabschreibungen im deutschen Lager erklärt die Partei: Die deutschen Nationalsozialisten erachten die Bereitstellung des deutschen Volkes in Kriegskräften und Interessengruppen für tödlich und sehen sowohl in der Grünen und Schwarzen Koalition als auch in der Roten Internationale das schwerste Hemmnis eines erfolgreichen und beschlossenen Strebens nach grundjährlicher nationaler Anerkennung und Gleisberechtigung.

Vom Vatikan.

Obz. Das Kardinalskollegium besteht zu Beginn des Jahres 1928 aus 66 Mitgliedern. Dazu gehören 23 der Italiener und 23 den übrigen Nationen an. Leichter verteilen sich auf folgende Länder: Frankreich 7, Spanien 5, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika je 4, Österreich, Polen und England je 2, Ungarn, Tschechoslowakei, Belgien, Niederlande, Portugal, Kanada und Brasilien je einen. Die Kurie unterhält 32 diplomatische Missionen, und zwar 21 Nuntiaturen und 11 Interterritoriaturen. Außer den genannten diplomatischen Vertretungen sind noch 18 apostolische Delegationen in der Welt tätig, die weitestgehend die Pflege der Beziehungen zum einheimischen Episcopat bezeichnen. In der Nachkriegszeit wurden solche Delegationen auf den Antillen, in Südostasien, Albanien, China, Japan und Indochina errichtet.



wenn Sie
die Zustellung des Riesener
Tageblatts für Februar
wünschen.
Bezugspreis 2,25 Mark.

Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend sehr gelebte Riesener Tageblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Böhlen: P. Hörl, Böhlen Nr. 67
- Glaubitz: Frau Hesse, Nr. 6
- Göhlis: J. Werner, Schreiter, Nr. 548
- Großbauna: A. Hanbold, Großbauna Str. 17
- H. Seidenreich, Altestr. 4
- M. Kuhle, Kirchstr. 19
- O. Niedel, Olschener Str. 2
- Seebach: Frau M. Holmann, Wörth
- Jahnishausen-Böhnen: H. Steinberg, Bautz Str. 5
- Kalbitz: H. Steinberg, Bautz Str. 8
- Langenberg: Otto Schuster, Bäckermeister
- Pentewitz bei Riesa: M. Wehle, Nr. 8
- Wergendorf: H. Straube, Poppitz Nr. 14 b
- Werder: O. Thiele, Gröba, Olschener Str. 19
- Wörbitz: Frau M. Hofmann
- Wölkau: H. Steinberg, Bautz Str. 8
- Wünschendorf: C. Schwandtke, Weinhauer Str. 11
- Wölfnitz: M. Schwarze, Döllig Nr. 41
- Wöppitz: M. Schwarze, Döllig Nr. 41
- Wöppitz bei Riesa: H. Graube, Nr. 14 b
- Niebla: All. Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tageblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Wörrau: M. Schöne, Grundstr. 16
- Gagern: Frau Hesse, Glaubitz Nr. 6
- Geerhausen: H. Steinberg, Bautz Nr. 3
- Weida (Alt): H. Künge, Lange Str. 115
- Weida (Neu): H. Böge, Langest. 26
- Zeithain-Dörf: G. Sandholz, Zeithain. 13
- Zeithain-Löger: Richard Schönitz, Baudamm

Lebte Kunstspruch-Meldungen und Telegramme

vom 24. Januar 1928.

3 Personen mit Gas vergiftet.

Frankfurt am Main. (Kunstspruch.) Die Frau eines hiesigen städtischen Angestellten hat sich und ihre zwei Kinder mit Gas vergiftet. Die Tat ist wahrscheinlich auf neulöse Störungen der Frau zurückzuführen.

Abschaffung von Herstellern falscher Zweimarkstücke.

Ölön. (Kunstspruch.) Hier wurden ein Fuhrunternehmer und sein Helfer festgenommen, die falsche Zweimarkstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht haben. Das Herstellungsmaterial wurde in einem Stalle des Fuhrunternehmers gefunden und beschlagnahmt. Die verausgabten Falschstücke tragen die Jahreszahl 1926 und das Münzzeichen A.

Vor einer Arbeiterregierung in Norwegen.

Nöra. (Kunstspruch.) Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Nilsen, ist von seiner Partei ermächtigt worden, dem König mitzuteilen, daß die Lage für eine Arbeiterregierung vorliege. Die Partei will gegebenfalls noch im Laufe des heutigen Abends diejenigen Personen namentlich machen, welche der Regierung angehören sollen.

Die überraschende Wendung im Limbourg-Prozeß.

Ölön. (Kunstspruch.) In der heutigen Verhandlung des Limbourg-Prozesses wurde von dem Verteiler des Privatlägers, Rechtsanwalt Dr. Sack, bekanntgegeben, daß die Privatfrage zurückgezogen wird. Das Gericht zog sich darauf zur Urteilshandlung zurück.

Der Wirt des Nachher Hotels "Vier Jahreszeiten" verurteilt.

Nachher. (Kunstspruch.) Der Wirt des Hotels "Vier Jahreszeiten", das, wie gemeldet, von der belgischen Besatzung bis dritten Februar geschlossen wurde, weil in dem Hotel in Gegenwart belgischer Offiziere das Deutschtum niedergeworfen wurde, ist jetzt von der belgischen Besatzung zu 130 Mark Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis, der Kapitänmeister zu 200 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Schwerer Baumfall.

München. (Kunstspruch.) Bei einem Neubau in der Platentstraße ist gestern ein Teil der Giebelmauer eingestürzt und hat dabei das Dach des angrenzenden Lagerdoppels einer Kohlengroßhandlung, in dem mehrere Leute arbeiteten, durchschlagen. Von diesen Personen wurden ein verheirateter Lagerverwalter seitgetötet, ein Mann und eine Frau schwer und einige Personen leicht verletzt.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß

des Reichstages, der heute in die Einzelberatung des Schankwirtschaftsgesetzes eintreten wollte, verzögerte sich auf Mittwoch.

Albert Thomas wieder in Berlin.

Berlin. (Kunstspruch.) Die R. S. meldet: Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist heute, von Warschau kommend, in Berlin eingetroffen. Er hat heute mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Braun Verhandlungen über verschiedene politische Fragen.

Bermisches.

Neue Ausbrüche des Katakau. Infolge unzähliger lebhafter Tätigkeit des in der Sundastraße gelegenen Anielaufans Katakau hat sich der Bevölkerung von Westjava große Unruhe bemächtigt. Während der Morgentunden von 8—12 Uhr hat man nicht weniger als 300 Ausbrüche festgestellt. Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen.

Aufhebung eines Buchthausurteils gegen einen Arzt. Nach jahrlanger Berufungsverhandlung hat die Strafkammer des Landgerichts 3 Berlin einen 35-jährigen Frauenarzt, der wegen Verbrechens nach 218 (Abtreibung) in einem Hause in Verbindung mit fahrlässiger Tötung vom Schöffengericht Charlottenburg zu 1 Jahr 8 Monaten Buchthaus verurteilt worden war, freigesprochen. Die Aussagen der Sachverständigen in diesem Prozeß ergaben, daß starke Gegenläufe in der Frage der französischen Beugungen bestehen.

Die Untersuchung der Hochfenerexplosion in Bochum. Nachdem am 20. Januar zum ersten Male ein Teil der bei der Hochfenerexplosion vom 16. Januar, auf den Königlichen Eisen- und Stahlwerken in Bochum verdeckt vernommen werden konnte, ist die Untersuchung dieses Unglücks zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Untersuchung wurde unter Hinziehung eines unbeteiligten Hochfenerfachmannes von der Staatsanwaltschaft, der Gewerbeaufsichtsamt sowie dem Gewerbeaufsichtsamt Saarbrücken-Land gemeinsam durchgeführt. Hierbei konnte von dem Gewerbeaufsichtsamt weder ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften noch gegen anerkannte Regeln der Wissenschaft oder der Technik festgestellt werden. Einem über das Ergebnis der Untersuchung veröffentlichten längeren Bericht ist u. a. zu entnehmen: Welches die tatsächliche Ursache der Explosion gewesen ist, wird sich mit absoluter Sicherheit nie feststellen lassen. Es kann jedoch gezeigt werden, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Kohlenstaubexplosion anzunehmen ist. Hierfür sprechen der Zustand der Unfallstelle nach dem Unfall, ferner die Art der Verlehrungen und die Aussagen familiärer an dem Unfall Beteiligten. Die Kohlenstaubexplosion kann dadurch entstanden sein, daß sich zwischen dem zuletzt heruntergekommenen Ofeninhalt und der oben sieben gebledeten Schicht des Ofens in Höhrraum gebildet hat, der möglicherweise ein Explosionsherd war, indem sich hier in der in Fachkreisen bekannten Weise Kohlenstoff angestaut hat. Ob dieser Kohlenstoff von sich aus zur Explosion kam oder ob die Explosion durch das Herunterstürzen der bis dahin sieben gebledeten obersten Schicht zur Auslösung kam, war auf Grund der örtlichen Beschaffenheit der Explosionsstelle und der Zeugenaussagen nicht mehr festzustellen. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß das Mauerwerk des Ofens sich in einem vorzüglichen Zustande befand, was damit zu erklären ist, daß der Ofen, da er erst fünf Jahre in Betrieb war, noch verhältnismäßig neu war.

Wegen betrügerischen Banknoten verhaftet. Der Chef der Wiener Seidenfirma, Leopold Grünbaum u. Sohn, Berthold Hirschmann, wurde wegen betrügerischen Banknoten verhaftet. Die Passiven belaufen sich auf 10 Milliarden Kronen, denen ganz geringfügige Aktien gegenüberstehen sollen.

Ein Selbstmord seit vier Jahren. In Dornbirn hatte ein lediger Friseur beschlossen, seinem Leben selbst ein Ende zu machen. Er grub auf einem Acker, der sein Eigentum war, eine Art Unterstand, dessen Zugang mittels Sandbäckchen vollständig geschlossen werden konnte. An diese Grube nahm er einen Eimer, drei

Reichsfichulgesetz u. Kostenfrage

Eine Erklärung des Reichsinnenministers v. Keudell.

Berlin. (Kunstspruch.) Der Bildungsausschuss des Reichstags begann heute die Debatte über die §§ 19 und 20. Reichsinnenminister von Keudell gab folgende Erklärung ab:

Die Umfrage über die nutzbarste Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsfichulgesetzes möglichst weise veranlassen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich halten, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß den von ihnen vorgenommenen Erhöhungen eine starke Unsicherheit anhaue, da es eben unmöglich sei, vorher zu sagen, ob und in welchem Umfang die Erziehungsbehörden von ihrem Recht, die Einrichtung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.

Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schulosten obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Angeschloßt der gespannten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 20 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese

Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Überleitung der zur Zeit bestehenden Schulverbündnisse, namentlich auch in leistungsfähigen Schulgemeinden, in den neuen Rechtsaustand zu erleichtern.

Ein solcher Ertrag der Kosten, die die Durchführung des Reichsfichulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beihilfe, um das Reich an den laufenden Wehrkosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus genosslichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in keiner Entwicklung beständliche Volksschulwesen auch ohne den Ertrag dieses Gesetzes verursachen wird.

Da sich nicht vorhersehen läßt, wann den Ländern und Gemeinden erstmals besondere Kosten erwachsen und welches Ausmaß sie in den verschiedenen Gebieten erreichen, so ist vorgesehen, daß das Räthe über die Art der Verteilung von Beihilfen bestreitet wird.

Der Minister erklärte dann weiter, es sei schwierig,

wenn nicht unmöglich, genaue Unterlagen für die Kosten zu beschaffen, um so weniger, als die endgültige Fassung noch gar nicht feststehe.

Das Wandern ist des Möllers Lust. Es scheint immer noch Leute auf unserer schönen Erde zu geben, die völlig unberührt von dem ständig anwachsenden Tempo des 20. Jahrhunderts sind und beweisen wollen, daß keine der technischen Errungenschaften, weder Eisenbahn noch Automobil noch Flugzeug dazu angehen sind, daß Gegenteil der Tatsache zu beweisen, daß Schulters Rappen das schönste Beförderungsmittel sind, wenn auch nicht gerade das schnellste. Aus Boston kommt die Nachricht, daß ein Student Eastman sich auf den Weg gemacht hat, um zu Fuß von Amerika nach Paris zu wandern. Es ist ja nicht gerade die nächste Nachbarschaft, die er sich als Ziel gesetzt hat, aber er hat von seinem Standpunkt aus nicht unrecht — man kann die Welt und die Menschen nicht besser kennen lernen, als wenn man langsam mit offenen Augen durch die Länder sieht. Er ist von Salem im Staate Massachusetts aus aufgebrochen, und der Bürgermeister dieser Stadt hat ihm sogar ein Schreiben an den Präsidenten der französischen Republik mitgegeben. Sunnyside will Eastman nach Maßstäben wandern, von wo aus er über das Eis der Beringstraße die Halbinsel Kamtschatka zu erreichen hofft. Von da aus soll sein Weg ihn über Asien nach Europa führen, und er nimmt an, daß er im Frühling des Jahres 1930 seinen feierlichen Einzug durch den Arc de Triomphe halten wird.

Deutsche Soldatengräber aus dem 70er Krieg. Bei einer Besichtigung des Geländes auf den Soldatenhöhen ist festgestellt worden, daß sämtliche noch dort vorhandenen Kriegergräber, sowohl Einzel- wie Massengräber, aus dem 70er Krieg in der Zeit vom 2. bis 15. Januar durch die französischen Militärbahndienste ausgebogen wurden. Die noch vorhandenen Knochenreste wurden eingearbeitet und in einem neu angelegten Friedhof beigefügt. Bei diesen Ausgrabungen wurden verschleierten noch sehr gut erhaltene Gegenstände gefunden, z. B. ein Weihenkof mit dem Bildnis des Prinzen Friedrich Karl, eine kleine Pfeife mit dem Bild Kaiser Napoleons, eine Gedächtnisschale aus dem Feldzug 1866. In einem Grab wurden 150 Goldfranken, in einem anderen eine wohlerhaltene Uhr gefunden. Die Denkmäler, die auf den Soldatenhöhen von den einzelnen Regimenter errichtet wurden, röhnen auf ihrem lebigen Standpunkt verblieben. Zur Zeit werden die bei Nes gelegenen Denkmäler von 1870 von deutscher Seite aus repariert, dann sollen die in der Umgebung von Saarbrücken folgen, während im Herbst die Denkmäler bei Weissemburg und Wörth einer Besichtigung unterzogen werden sollen.



André Gide in Deutschland.

André Gide, einer der bedeutendsten lebenden französischen Dichter, ist in Berlin eingetroffen, um der Erstaufführung seines Stückes "Die Rückkehr des verlorenen Sohnes" im deutschen Künstlertheater beizuwohnen.

Hund Karib und eine Schüssel mit Wasser mit, in die er ein Loch gehobt hatte. In dem abgedrehten Raum entdeckten sich Karibgäste, die seinen Tod herbeihäuteten. An den Vorbereitungen für die Tot hatte er wochenlang gearbeitet.

Ein geistesgegenwärtiges Kind. In Mödelgoh ein achtjähriges Kind in Abwesenheit seiner Mutter Spiritus in die Feuerung. Vor den plötzlich emporwollenden Flammen entdeckte es sich so, daß es die Flammen fallen ließ, und bald stand der ganze Fußboden in Flammen. Trotz der durchbohrenen Angst hatte das Kind aber doch daran gedacht, sein kleines 1½-jähriges Schwesterchen an sich zu reißen, ehe es davoneilte. Dem sofort eingreifenden Nachbarn gelang es, das Neugeborene zu töten.

Ein Hund als Lebensretter. Der Hund ist der treueste Hausthund des Menschen, er hat unzählige Beweise von seiner absoluten Überliefertheit gegeben. Vor einigen Tagen hat aber dieser "gute Freund", und das dürfte wohl einzige darstellen, durch seine Aufmerksamkeit sogar Hund tausend Menschen aus schwerster Lebensgefahr gerettet. In der Nähe von Saarbrücken aus einem Güterzug eine schwere Eisenrolle und blieb auf den Schienen liegen. Der Hund des Bahnhofwärters, dessen Haus sich in der Nähe befand, war aufgewacht und schlug so lange und aufgeriegelt an, bis sein Herr glaubte, es müsse ein Dieb im Hause sein, und sich auf die Suche nach dem Einbrecher machte. Aber er konnte nichts finden. Doch vertraute er sich der Führung seines treuen Wächters an, der ihn dann noch wenigen Minuten später auf den Schienen liegenden Eisenrolle brachte. Es war gerade noch Zeit, zum Hause zurückzukehren und das Halteignal zu geben, denn der Prager D-Bug näherte sich bereits diesem gefährlichen Hindernis. Es gelang jedoch, den Bug zum Halten zu bringen, und der Bahnhofswärter schaffte unter Hilfe des Zugpersonal die Last von den Schienen. So konnte der D-Bug seine Reise ungehindert fortführen, auf der wäre der kleine Hund nicht so außerordentlich gewesen, unbeschreibliches Unglück hätte passieren können.

Kondensierte Weinflaschen. Eine Österreicherin besuchte ihre Tochter, die in Danzig in Pension war, und sie bat die Pensionsmutter, ein paar Flaschen Wein holen zu lassen, damit das Geburtstagstags ihrer Tochter recht fröhlich gefeiert werden könne. Im Schaukasten eines Kaufmanns hatte sie u. a. auch Weinflaschen mit offenem Etikett, und sie wünschte, daß auch von diesem Wein zwei Flaschen dabei sein sollten. Das Dienstmädchen, das nach dem Wein geschickt wurde, kam aber ohne diese Weinflasche zurück und erklärte mit etwas verächtlicher Stimme: "Es war nur der Verkäufer im Geschäft, und der sagte, Weinflaschen müßten er nicht, sondern nur Tonflaschen!"

Parlamentsentlastungen. Es ist eine alte Tatsache, daß in der Röde parlamentarische Redegesichte manch hübsche Stillebrüder gebracht wird, und zwar geschieht das nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern.

Im "Schweizer Spiegel" veröffentlicht der Zürcher Stadtrat Glöckenhald eine Anzahl hübscher Bon mots, die seinen Kollegen zugestanden sind, und die er sich notiert hat. Ein Stadtrat sprach über die Häuser, die während des Krieges schnell gebaut wurden, und nannte diese "aus dem Boden gestampfte Treibhausblätter". — Als man einmal über die Fürstorge entlassener Strafgefangener sprach, meinte jemand: "Wir müssen den entlassenen Strafgefangenen, auch den weiblichen, kräftig unter die Arme greifen." Als man über die Schönung lästigender Walderdögel debattierte, die die Oberfläche des Zürcher Sees von minderwertigen und toten Fischen säubern, meinte jemand: "Wir können nur froh sein, daß sie uns diese Arbeit abnehmen." — Während der Debatte über das Gesetz den gewerblichen Viehhandel betreffend, erklärte jemand: "Wir halten dafür, daß die Kühe von Geburt an dem Kindbett aufgezogen werden." — Könnte man nicht vielleicht manches andere in diese Klasse auch einführen?

Rund und Wissenschaft.

Moskauabidung bei den Essener Städtischen Bühnen. Vielen Mitgliedern des Künstlerischen Personals der Städtischen Bühnen Essens ist in diesen Tagen für die nächste Spielzeit gekündigt worden, was ungeheure Erregung in den Kreisen der Schauspieler verursacht hat. Vom Ortsverein der Deutschen Bühnenengelöhnung sind sofort alle erforderlichen Schritte unternommen worden, um die Wiedereinführung der betroffenen Schauspieler zu erwirken. Am Sonntag vormittag fand im Opernhaus eine kurz besuchte Versammlung der Schauspieler statt, um zu diesen Entlassungen Stellung zu nehmen. In der Aussprache wurde in schärfster Weise gegen die Maßnahmen der tschetschinen Leitung der Städtischen Bühnen Protest eingereicht und erklärt, man werde sich geschlossen für die Kündigung einsetzen. Vom Obmann konnte mitgeteilt werden, daß sich die Zahl der Nichtwiedereinstellungen gegenüber der vorher genannten Zahl von 20 Mitgliedern auf 27 vergrößert habe, daß aber auch diese Zahl, die etwa dreihundert Prozent des gesamten Ensembles ausmache, bei weitem als zu hoch zu betrachten sei und die der Nachbarbühnen, wie Dortmund, Düsseldorf usw. übersteige. Nach Schluss der Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die dem Theater- und Kunst-Ausschuß der Stadt Essen sofort angetragen werden soll. In der Entschließung legt die Vollversammlung der städtischen Bühnenangehörigen Protest gegen die von den technischen Kellern aufgestellten, übermäßig kleinen unbegründeten Nichtwiedereinstellungen von 18 Mitgliedern des Schauspiels und 12 Mitgliedern der Oper ein. Ferner wird in der Resolution der Bühnen-Gemeinschaft in dem Ausschuß das Wort zu erhalten. Präsident Wallauer ist telegraphisch von Berlin gerufen worden. Man darf auf den Ausgang dieser Angelegenheit gespannt sein.

Briefkästen.

O. B. Madewin. Nach einer Verordnung des Ministeriums für Volksbildung ist es nicht gestattet, politische Organisationen, und Jugendorganisationen in politischen Parteien, Schulräume für Veranstaltungen außerhalb des Schulbetriebs zu überlassen. Auf Grund dieser Verordnung sind seinerzeit vom Bezirksschulamt Brockenbach Räumlichkeiten aufgestellt worden, die auch von der Schulgemeinde Blaubbach genehmigt worden und somit auch für diese maßgebend sind.

Anträge des Abg. Bödder. Nach einer Verordnung des Ministeriums für Volksbildung ist es nicht gestattet, politische Organisationen, und Jugendorganisationen in politischen Parteien, Schulräume für Veranstaltungen außerhalb des Schulbetriebs abzulehnen. Die Prüfung des Antrags, ob der von Ihnen angeführte Fall dem im Gelehrten vom 2. Februar 1927 veröffentlichten Bestimmungen entspricht, unterliegt zunächst dem örtlichen Schulvorstand, der dann auch die Entscheidung zu treffen hat.

Grubulus. Eingangs, die uns ohne Nennung des vollen Namens zugehen, finden grundsätzlich keine Berücksichtigung

Amtstag

des Bürgermeisters und Gutsvertreter des Bezirks Großenhain
Sitz im Saale des Rathauses in Großenhain
Dienstag, den 23. Januar 1928, vormittags 11 Uhr.

Die Herren Bürgermeister waren bis auf zwei Bürgermeister und drei Gutsvertreter vollständig versammelt. Herr Amtshauptmann Hellisch ließ die Eröffnungen willkommen, insbesondere die Herren vom Bezirkssaudienst und den Vorstehenden des Bezirkstages, Herrn Dr. Trott, Nadeburg. Er machte die Eröffnungen darauf aufmerksam, daß das Eröffnen zum Anfang eine Pflicht der Bürgermeister sei, wir haben es hier mit einer amtlichen Tagung zu tun.

Über die Wahl der Gemeindevertreter berichtete Herr Amtshauptmann Hellisch Bericht. Nach § 45 der Gemeindeordnung sind diese Wahlen im Januar fällig. Sie haben auf ein Jahr zu erfolgen. Er forderte die Bürgermeister auf, diese Wahlen in allen Gemeinden vorgunstig zu gestalten.

Aufstellung der Gemeindebehörden. Einstellung von Dachabsturzungsbehörden im Haushaltspolizei. Hierüber berichtete ebenfalls Herr Amtshauptmann Hellisch. Der Haushaltspolizei ist künftig nicht mehr vor der Amtshauptmannschaft zu genehmigen, er ist nur zur Kennzeichnung einzureihen. Trotzdem empfiehlt er eine richtige Aufstellung. Es gebe Gemeinden, die gesetzungen sind, mit Dachabsturzungen zu machen. Er mache aber darauf ausmerksam, darüber nur aufzunehmen, wenn sie der Bezirkssaudienst genehmigt hat.

Weiter wurde vom Herrn Amtshauptmann berichtet über die Vornahme unvermieteter Räumlichkeiten. In letzter Zeit sind mehrfach Unstimmigkeiten in der Räumlichkeitsverordnung haben die Gemeindevertreter die Gemeinderechnung zu prüfen und einen Beschluss über die Prüfung und Genehmigung des Gemeinderates zu fassen. Alljährlich mindestens einmal muß eine unvermietete Räumlichkeit prüfen, neben den angeordneten ordentlichen Prüfungen. Der Herr Amtshauptmann gab Ratshilfe über eine richtige Kostenprüfung und empfahl, jeden Betrag sofort einzutragen. Über die Eintragung von Girokassenbezügen entstand eine kurze Aussprache, an der sich die Herren Bürgermeister Hartwig-Nadeburg, Amtshauptmann Hellisch, Steuerbeamten Knobt beteiligten, über die dann eine Einigung erzielt wurde.

Vom Amtshauptmann wurde weiter die Aufschaffung des Taschenbuches "Die Gemeindeordnung für den Kreislast Sachsen" von Dr. Graß empfohlen.

Strakenverkehrsordnung vom 15. Juli 1927. Wie Herr Amtshauptmann Hellisch berichtete, war das Verkehrsdenken bis vor kurzem geregt durch ordpolizeiliche Verordnungen, bis nun einheitlich eine Strakenverkehrsordnung aufgestellt worden ist. Für den Bezirk Großenhain gelten die Bestimmungen dieser Strakenverkehrsordnung. Pflicht jedes Bürgermeisters ist es, sich mit den Bestimmungen der Strakenverkehrsordnung bekannt zu machen. Weiter kam er auf die Aufschaffung von einheitlichen Warnungszeichen zu sprechen. Der Bürgermeister von Zeithain bemerkte, daß die Schilder an den Bahnhofsgängen von der

Eisenbahnverwaltung beschafft werden sollten und nicht von der Gemeinde. Herr Bürgermeister Hartwig-Nadeburg bat die Amtshauptmannschaft, Kenntnis von Gemeinden bei der Reichsbahn zu befragen.

Das Angebot der Union-Werke Nadeburg über Viehtriftung von Orlschöldern usw. wurde bekanntgegeben.

Märkte und Märkte; Auflistung von Flur-, Überholstreckenplänen und Radkataloge von Gemeindeluxatoren durch das Landesvermessungsamt. Wie Herr Amtshauptmann Hellisch ausführte, seien in einzelnen Gemeinden die Flurkarten noch in einem sehr alten und nicht mehr zuverlässigen Zustande. Das Landesvermessungsamt hat sich zur Herstellung neuer Flurkarten bereit erklärt. Ein in Umlauf gesetzte Flurkarte der Gemeinde Zöhl im Mohabek 1:500 kostet bei Erneuerung von 10 Stück 100 Mark. Der Preis rückt sich nach der Größe der Gemeinde. Das Vermessungsamt ist bereit, Kostenanschläge von Fall zu Fall abzugeben.

Kennnis nahm die Versammlung von der Anregung des Herrn Amtshauptmanns, bei der Vergabe von Aufträgen möglichst lästige Firmen zu berücksichtigen.

Als Vorstandsmittel in den Landeswohnungsverband für den Bezirk Großenhain wurde an Stelle des bisherigen Mitglieds, Herrn Bürgermeister i. R. Richter-Nadeburg, Herr Bürgermeister Hartwig-Nadeburg und als dessen Stellvertreter Herr Bürgermeister Stambauer-Gröditz gegen wenige Stimmen gewählt.

Am 31. Januar d. J. veranstaltet der Bezirkssaudienstverband Großenhain eine Wohlfahrtsausstellung im Schuhhof, in welcher über „Sinn und Wert der Jugendwohlfahrt“ Herr Stadtrat Schäfer-Chemnitz, über die „Schulausflüsse“ Herr Amtsgerichtsdirektor Keller-Hartmann Großenhain und über „Praktische Durchführung der Jugendvolksjugend“ Dr. Klemm Schulze-Berlin sprechen werden. Die Herren Bürgermeister sind zum Besuch dieser Tagung eingeladen.

Über die Gründungs- und Werkauswahlneuer erhielt Herr Reg.-Rat Härtel einen ausführlichen Bericht.

Er erläuterte die geistlichen Bestimmungen und gab den Bürgermeistern wichtige Maßnahmen über das Verfahren bei vorkommenden Fällen. Über dieses Thema in den Bürgermeisterkonferenzen in Großenhain und Nadeburg einen noch eingehenderen Vortrag zu halten, war der Bericht erstatter gern bereit.

Der Landesverband der Sächsischen Feuerwehren hatte,

wie Herr Regierungsrat Härtel ausführte, Meldungen zur Vermehrung bzw. wirklichen Verminderung von Bränden

bei der Bekämpfung von Bränden aufgestellt, wovon Kenntnis genommen wurde.

Über Durchführung des metrischen Maßsystems berichtete ebenfalls Herr Regierungsrat Härtel. Es ist nur zu rechnen mit Ar und Hektar, nicht mit den alten Bezeichnungen Acker, Morgen, Auten usw.

Entnahme von Girogeldern für Gemeindezwecke.

Hierüber berichtete Herr Regierungsrat Glaser. Es sollte unterlassen werden, die Postände der Girokassen zu Gemeindezwecken zu verwenden.

Strafbefreiung der Gemeinden. Herr Regierungsrat Glaser hielt hierüber einen für die Herren Bürgermeister interessanten Bericht, in dem er sie hinsicht auf das Strafregister, wonach für die Bürgermeister nur die Übertretungen in Frage kämen, die mit Haft bis zu 14 Tagen oder mit Geld bis zu 150 Mark zu ahnden sind. In Zweier-

fällen möchte die Amtshauptmannschaft zur Auskunftserteilung erlaubt werden. Bei Erlass eines Strafbefehls müsse immer der Name des betr. Gendarmeriewachtmeisters angegeben sein, nicht so: Name Gendarmerie-Kompanie usw. Der Berichterstatter gab des weiteren Hinweise bezüglich der Gesundheits- und der Verkehrspolizei und wies die Bürgermeister hin auf die für diese geltenden Bestimmungen. Der Bürgermeister von Großhennersdorf empfahl die Aufschaffung des sächsischen Heftes "Die Polizeigewalt des sächsischen Landesgemeinden" zum Preise von 80 Pf. und gemeinsamen Bezug durch die beiden Bürgermeister-Beratungen. Ein Vortrag über dieses Thema soll in nächster Zeit auf beiden Bürgermeister-Konferenzen gehalten werden.

Über Auslegung des Gesetzes über die Sonntagsruhe erhielt die Versammlung ebenfalls Herr Regierungsrat Glaser einen erläuterten Bericht. In diesem wurden den Bürgermeistern deren Befugnisse bei Erteilung der Genehmigung von Notlandenbetrieben in den landwirtschaftlichen Betrieben und weiter die Bestimmungen des Gesetzes über die geschlossenen Seiten klargestellt. Eine Anfrage des Bürgermeisters von Radeburg über die Zuständigkeit des Bürgermeisters in Polizeiangelegenheiten wurde dahin beantwortet, daß die Gemeindevertreter in Polizeiaffären nichts zu sagen haben. Die Polizeigewalt liegt lediglich dem Bürgermeister ob. Auf die Anfrage des Bürgermeisters von Radeburg wurde erwidert, daß die Ausübung der Jagd außer der Kirchzeit gestattet, aber die Abhaltung von Treibjagden an Sonntagen verboten ist.

Das Rauchverbot in landwirtschaftlichen Betrieben wurde durch Herrn Regierungsrat Glaser erneut in Erinnerung gebracht. Er empfahl möglichst allgemeinen Aushang dieses Verbots in allen Behörden. Tatsächlich dieses Verbots sind in der Amtshauptmannschaft und in der Tagesblatt-Druckerei zu haben.

Bezüglich der Errichtung von Notställen durch Bürgermeister erhielt Herr Amtshauptmann Knobt einen erläuterten Bericht. Er empfahl die Aufschaffung des Textes: "Die Errichtung eines Not- und Gemeindestalls". Preis 1,40 Mark, vom Rohrbaulichen Verlag.

Weiter nahm der Amtshauptmann Kenntnis von der Einstellung des Herrn Regierungsratsmann Knobt über Anschaffung des Sächsischen Jahrbuchs 1928 von Überregierungsbüro a. D. Reichel und dem Angebot der Beleksalate.

Darauf hielt Herr Bezirkssobaldbeamter Glanz ein Referat über die Anwendung der Motorbaumpraxis zur Schädlingbekämpfung an den Straußpflanzungen und in den Obstgärten. Er führte unzufähr folgendes aus:

In den letzten Jahren überall Beobachtungen, daß Schädlinge und Krankheiten an Obstbäumen vermehrt aufzutreten. Die umfangreiche Ausbreitung der Obstbäume bietet den in der Natur vorkommenden Baum-Schädlingen und -Krankheiten erfüllend Lebensmöglichkeit und deshalb hören wir die Klagen über Ungeziefer jetzt häufiger, als das in den früheren Jahren der Fall gewesen ist. Das Auftreten von Krankheiten und Schädlingen finden wir nicht nur im Obstbau, sondern in Landwirtschaft und Gartenbau ebenso. Eine Kultur braucht deshalb nicht aufgegeben werden. Die Wissenschaft und Technik hat uns Mittel geschaffen, um energetisch den Kampf dagegen führen zu können. Die Obstpflanzungen, wie sie an den Gemeinden wegen und in den Gärten vorhanden sind, wollen für

Zwei Testamente

Roman von F. Stolze.

1. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

8. Kapitel.

Arnold Werner hatte seinen Plan glücklich durchgeführt. Er war mit dem Steamer der British India Steam Navigation Company über Karachi durch den Indischen Ozean in den Persischen Meerbusen hineingefahren und genoss, von jeder Sorge um das Gelingen seines Planes freit, den Reiz dieser eigentlich Reise. Während im Indischen Ozean zu dieser Zeit des Jahres der Südwestmonsun weht und den Seefahrern Kühlung bringt, zugleich aber auch die blauen Fluten zu mächtigen Wogen anwachsen läßt, ändern sich die Verhältnisse plötzlich, wenn man die offene Meeresfläche verläßt und in die nach Norden zwischen Arabien und Perien verlaufende, sich immer mehr verengende Straße von Hormuz einläuft und dann bei der Insel Kishen nach Südwester in den Persischen Golf einfährt, den die Perier das Grüne Meer nennen. An die Stelle des fröhlichen Monsuns tritt nur selten von einem Guststrom unterbrochene Windstille, die Wogen ebnen sich und eine unerträliche Sonne strahlt vom tiefblauen Himmel herab.

Auch Werner, obwohl seit Jahren an die Hitze Indiens gewöhnt, empfand diese furchtbare Hitze, welche die des Roten Meeres weit übertroffen, und war selbst im Salon, der leichten indischen Baumwollzucht zum Trockn in Schweiz gebadet. Am erträglichsten war es noch unter dem Sonnensegel, wo der durch die Fahrt des Schiffes erzeugte Guststrom wenigstens etwas Kühlung brachte. Hier sah er, möglichst ohne sich zu regen, und träge trug auf die Passagiere der zweiten Klasse und des Zwischendecks herab. Besonders die leichteren, durchweg Jüder oder Perier, hatten ihr ganzes wirtschaftliches und Familienleben auf das Deck verlegt. Hier hatten sie sich völlig häuslich eingerichtet. Von den ihnen gehörigen Handelswaren und ihrem gesamten Hausrat umgeben, hielten sie, familienweise gesondert, auf Teppichen, die den Ried jedes Europäers erweckt haben würden. Hier brodelte der Samowar, hier wüteten die Hammelschläuche am Spieß über einem Beden mit Holzkohlen, auf dem zugleich eine Schale mit Tschilau seiner garten Garbeit entgegenkreiste. Dort wiederum kreiste die Wasserpfeife von Mund zu Mund, wurden in goldenen oder silbernen Filigranstäben stehende Porzellanschälchen schwarzen Rauches geleert, oder Pfeifenzapfen und andere Kerne, sowie Süßigkeiten und Früchte verzehrt. Stellenweise wurde auch lebhaft Würfel oder Karten gespielt und mancher Glück oder Jubelruf entfuhr dabei den Lippen der Spielenden. Zu gewissen Stunden nahmen die Leute auch ihre religiösen Wallfahrten vor. Die Mohammedaner schöpften das dafür erforderliche Wasser mit schön ziselierten, an Stricken befestigten Bronzelampen aus dem grün leuchtenden Meer, während die Parcls den dazu erforderlichen Kuhur in kostbaren Gefäßen mit sich führten.

Alle Hölzer des Orients waren hier vertreten, von dem fast unbedeckten Hindu bis zu dem in kostbare Gewänder gehüllten Mohammedaner, Männer wie Frauen. Parcls waren nur vereinzelt unter dieser Masse zu sehen, obwohl sich eine größere Anzahl in Bombay eingeschifft hatte. Diese aber, reiche Kaufleute, bewohnten Kabinen erster Klasse.

Mit dem Eintritt in den Golf hatte sich das Hölder gewissmaß noch vermehrt. Da waren Araber, Türken, Krimenter, Perientaucher aus Singapur, Kurden hinzugekommen.

Selbst des Abends dauerte dies Treiben beim Scheine von Bildnischen noch weiter, bis endlich bei vorrückender Nacht auch sie erschöpft, und Männer, Weiber und Kinder, in ihre Mäntel und Decken gehüllt, in Schlaf sanken.

Werner hatte dies Treiben vom hohen Sonnendeck aus mit regem Interesse beobachtet. Nach und nach lernte er die einzelnen Familien in ihrer Zusammensetzung, ihren Sitten und Gewohnheiten kennen; er sah, wie sie sich gruppenweise zusammen schlossen oder völlig voneinander fernhielten, wie endlich an den verschiedenen Stationen durch Abgang und Zuwachs ein steter langsamer Wechsel herbeigeführt wurde. So war ihm dies Studium zur interessanten Beschäftigung geworden und er verfehlte den Tag über kaum mit den Passagieren der ersten Klasse, die er meistens nur während der Mahlzeiten sah. Es zog ihn um so weniger zu ihnen, als ihm einige reiche, ihm von Bombay her bekannte Parcls wenig sympathisch waren.

Als er eines Tages auf der Höhe der Berlinerstadt Lingård seinen Beobachtungsposten zu einer Zeit einnahm, die er sonst der Siesta zu widmen pflegte, und voll Interesse dem bunten Verkehr der Boote zusah, die zwischen der am Fuße der Berge in Palmenwäldern eingebetteten Stadt und dem Dampfer hin- und herfuhren, fiel ihm unter den Zwischendecks passagieren ein Parc auf, den er bisher nicht auf dem Schiffe bemerkt hatte. Er trug die Kleidung seiner wohlhabenden Glaubensgenossen, die stark nach hinten gerückte hohe Lammfellmütze, und sein prächtiger blau schwarziger Bart wollte bis zur Mitte der Brust auf das goldgekleidete grünländische Kleid herab, das er unter dem schwarzen, vorn geschnittenen Leibrock trug. Er war im eisigen Gespräch mit einem Manne begriffen, der soeben an Bord gekommen war. Die hohen Gesichtszüge dieses Mannes, in der malerischen Falten um die Gesicht geworfene Kamelhaar-Burnus, der fest auf dem Kopfe liegende weiße Turban ließen in ihm einen jener Nomaden erkennen, die das südlische Perien mit ihren Herden durchziehen und, wie einst die Raubritter Deutschlands, die schrecken verbreitende Aristokratie dieser Gegend sind. Der an seiner Seite hängende Säbel in reich verziertem Scheide, die kostbaren im Gürtel steckenden Pistolen deuteten auf einen Ritter von Rang hin.

Die beiden waren in eisiger Unterhaltung und achteten kaum auf ihre Umgebung. Der Nomade gefüllte lebhaft, während der Parc sich zunächst ablehnend zu verhalten schien. Endlich waren sie handelseinig. Der Parc zog aus seinem Beutel einen Beutel von mäßiger Größe und händigte ihn dem Nomaden aus, der sich sofort damit auf den Boden setzte, den Inhalt auf seinen Mantelzipfel schüttete und zu zählen begann. Es waren Goldstücke, und Werner sah von seinem hohen Beobachtungspunkte aus, daß der Beutel etwa tausend Tumans, also annähernd eine Summe von zehntausend Franc enthielt. Es mußte sich um einen wichtigen Abschluß handeln.

Der Nomade nickte zufrieden, schüttete das Gold wieder in den Beutel, ließ ihn in seinem Burnus verschwinden und erhob sich. Nur noch ein paar kurze Worte wechselte er mit dem andern, drückte ihm die Hand, schwang sich über Bord und glitt bald darauf in seinem von zwei Männern geruderten Boot dem Ufer zu.

Als der Parc sich jetzt umwandte, so daß Werner ihm voll ins Gesicht sehen konnte, bestaunte dieser erstaunt seine Augen auf ihn. Es war ihm, als müsse er diesen Mann kennen. Aber vergebens ließ er die ihm wohl bekannten reichen Parcls in Bombay vor seiner Phantasie vorüberziehen. Mit keinem unter ihnen hatte der Fremde die geringste Ähnlichkeit, ganz abgesehen davon, daß seine Tracht nicht die der Parcls von Bombay war, die mo-

der an den gelbseidenen Hosen und dem Baumwollstoff, weißen, engsitzenden Obergewand erkennt. Dieser Mann war, wie die Parcls unter den Zwischendecks passagieren, offenbar ein Bewohner von Jezd, wo allein in Persien noch Anhänger des Ahuramazda wohnen, die ab und zu ihren reichen Glaubensgenossen in Bombay besuchen und Handelsgeschäfte damit verbinden. Gewiß, dort mußte er auch den Fremden gesehen haben. Sonderbar, daß er sich des Wo und Wann nicht zu erinnern vermochte!

Inzwischen hatte aber auch der Fremde Werner auf dem Sonnendeck bemerkt. Gleichzeitig ruhte sein Blick einen Moment auf ihm. Dann wandte er sich um und ging den Räumen der zweiten Kabine zu. Dort also wohnte er, wo keiner der reichen Parcls aus Bombay Unterkunft gesucht haben würde. Werner atmete erleichtert auf. Es war offenbar eine bloße Neinlichkeit, die ihn täuschte, und er hatte diesen Mann zum ersten Male gesehen.

9. Kapitel.

Das Schiff lag vor Bushar, dem Hauptafen des Persischen Golfs, auf der sechs Kilometer südwestlich von der Stadt befindlichen Außeneede, umgeben von den Booten der Eingeborenen, die eifrig mit dem Läufen der Ladung, dem Zuführen neuer Fracht und der Ein- und Ausschiffung von Passagieren beschäftigt waren. Als einer der ersten verließ Werner das Schiff und fuhr der unmittelbar am Meer gelegenen Residenz, dem ausgedehnten offiziellen Wohnsitz und Amtsgebäude des englischen Residenten of the Persian Gulf zu. Eine Viertelstunde nach ihm landete am Kai auch der ihm so aufgefallene Parc und verlor sich in den Straßen der Stadt.

Werner hatte inzwischen mit dem ersten Stellvertreter des Residenten Rücksprache genommen und ihn gebeten, seine schnelle Durchquerung Persiens nach Möglichkeit zu unterstützen. Einen direkt an den Residenten gerichteten Empfehlungsbrief des deutschen Konsuls wollte er diesem am Nachmittag selbst in seiner Sonnenresidenz Sabzabad auf der Halbinsel Halelisch überreichen, wofür ihm der Assistent Resident in liebenswürdiger Weise Diener und Pferde zur Verfügung stellte. Er sagte ihm auch zu, daß alle Stationen des Persian durchquert werden sollten, ihm jede Unterstützung angeboten zu lassen, und stellte ihm einen offenen Empfehlungsbrief an alle auf seinem Wege anzutreffenden persischen Bezirksbehörden aus.

Auch vom Residenten selbst wurde er am Nachmittag in dem von einem dichten Eufalpitspark umgebenen Sabzabad auf freundlichste aufgenommen und erhielt Briefe an die Gouverneure von Shiraz und Isfahan, so daß er hoffen könnte, Teheran auf schnellste zu erreichen. Gleich bei Einbruch der Nacht schrie er nach Bushar zurück und quartierte sich im Posthaus in der Balachanād, dem oben auf dem flachen Dach gelegenen Fremdenzimmer, ein, um in der Frühe des nächsten Morgens etwa zwei Stunden vor Sonnenaufgang seine Reise anstreben zu können.

Er sollte aber bald erfahren, daß man im Orient und besonders in Perien nicht sicher mit der Zeit rechnen kann. Denn als er nach unruhigem Schloß kein Lager verließ und die am Abend bestellten Pferde verlangte, teilte ihm der Postmeister unter zahlreichen Verbeugungen und mit geriniischer Sprache mit, daß er ihm leider keine Pferde geben könne. In der Nacht seien nämlich drei Regierungsbüroten angekommen und hätten alle vier Pferde für sich und den begleitenden Postillon mit Beifall belegt. Bevor die Tiere nicht "auslämmen", könne

die Gemeinde oder den Privatbesitzer eine Einnahmequelle sein und sind es auch. Es muss auch danach gestrebt werden, die Einnahmen zu erhalten und zu vermehren. Ich sehe viele Fälle, wo die Einnahmen aus dem Obdau zurückgegangen sind, oder ganz ausblieben, weil die Erne durch Baumkrautstellen und Schädlinge zerstört wurde. Solchen Fällen dürfen und brauchen wir nicht tapfer auszuholen, sondern müssen Gegenmaßnahmen ergreifen. Erstens ist es wichtig in großer Zahl von Gemeinden das Anlegen von Feimringen und Insektenfangzäunen durchzuführen und hat zu erfolgen. Dem muss das Besitzen von Bäumen mit den entsprechenden Bekämpfungsmaßnahmen folgen, dann können wir die Bekämpfung gegen Ungeziefer als vollkommen bezeichnen. Mit den kleinen Baumfrüchten, die auf dem Rücken antragen sind, wird das Bevölkerungsmass unordentlich aussehen. Die Fruchtigkeit kann nicht hoch genug gehoben werden und die Handlung ist bei großen Bäumen zu schwer. Auf diesem Grunde sind in vielen Übergegenden Motorbaumwörter eingeschafft worden, die sich außerordentlich gut bewährt haben. Auf Anregung der Gemeinde Schönborn, die besonders stark an Schädlingen zu leiden hatte, ist es dem Bezirksverband gelungen, eine Motorbaumwirtschaft einzurichten, die Ihnen nach Schluss des Amtstages vorgeführt werden wird.

Die Verwendung dieser Sprüche soll in folgender Weise vor sich gehen. Der Standort ist die Amtshauptmannschaft und geht von hier von Gemeinde zu Gemeinde. Die außerordentliche Gemeinde holt die Sprüche mit einem Pferd ab. Bedient wird die Sprüche immer von ein und derselben Person, einem ausgebildeten Baumwärter. Die Schauschafter kann die Gemeinde stellen.

Über die Sprüchen kann ich Ihnen folgendes mitteilen. Am Mittwoch habe ich in Witten und Strode ein Säulungssprüchen vorgenommen, welche folgende Ausgaben ergab: Aufnahmen der Sprüche mit 1 Pferd 1 Stunde 1 RM., hergerichtet von 300 Liter Sprüchflaschen und Büschen der Sprüche 1/2 Stunde 0,40 RM., den 1/2 Stunde = 1% Pferdezeit 1,50 RM., 1% Zubehörbedienungsstunde 1,20 RM., 3 Schlauchabfuhrhaken 1,80 RM., Materialien der Sprüche 1 Stunde 0,80 RM., Treibstoff 0,45 RM., Bekämpfungsmittel; Obstbaumzusatz 0,20 RM., Summe 39,15 RM.

Befragt worden sind: 274 Bäume im Kronendurchmesser von 1 bis 6 Meter. Somit betragen die Kosten für einen Baum rund 15 Pf. Um die Kostenrechnung gerecht durchzuführen, muss der Baumkronendurchmesser zugrunde gelegt werden. Die 274 Bäume hatten 800 Meter Kronendurchmesser. Demnach stellt sich 1 Meter Durchmesser auf 6% Pf. Unkosten. Die Frühjahrsbehandlung stellt sich in den Ausgaben niedriger, da die Bekämpfungsmittel im Preis niedriger sind als Obstbaumzusatz. Die Unkosten für einen Baum sind so gering, dass sie überall vertragen werden könnten. Sie decken sich mehrfach durch die folgenden höheren Ernterücke.

Nach dem Referat, das mit allgemeinem Beifall angenommen worden war, rätselte Herr Amtshauptmann Reichenbach an die Herren Bürgermeister warne vor der Werbung zur Werbearbeit für den Bezirkssobaldverein. Keine Gemeinde sollte zurückstehen in den edlen Zielen der Förderung des einheimischen Obstbaus. Zum Schluss dankte der Herr Amtshauptmann allen Erklärenden für die Aufmerksamkeit an der heutigen Tagung, er hoffte, dass jeder etwas mitnehmen werde zum Vorteil seiner Gemeinde und sprach die Hoffnung auf ein fernereres, gutes Zusammenarbeiten zwischen Amtshauptmann und Bürgermeistern zum Wohle der Allgemeinheit, der Gemeinden und des Staates aus.

er ihm somit nicht zu Diensten sein. Wegen der großen Hitze würden sie auch wohl schwerlich vor Abend eintreffen und bedürften dann jedenfalls der Ruhe bis gegen Morgen.

Werner war außer sich. Er witterte in der ganzen Sache eine Erpressung und verwünschte es, dass er so deutlich zu erkennen gegeben hatte, ehe es ihm um Beschleunigung seiner Reise zu tun sei. Er bot daher dem Postmeister das Doppelte der gesuchten Gebühr. Der aber verschwore sich hoch und heilig, dass er keine Pferde habe, und zogte dem Ungeheuer die leeren Säcke Werner entzisch, sich denn auch zu warten. Nachmittags aber, vor Schluss der Office, ließ er noch einmal auf die Residenz. Dem Assistent-Resident schien die Sache auch unerklärbar, und er fragte in der nächsten Telegraphenstation Borazjan, die zugleich Poststation ist, an, wann drei Regierungsdokumente mit der Post angelommen und wann sie weitergerichtet seien.

Die überraschende Antwort lautete, dass überhaupt nur ein Reisender mit der Post seit vierundzwanzig Stunden durchgekommen sei. Jetzt war es klar, dass irgendwelcher geheimer Einfluss den Aufbruch Werners zu verzögern suchte.

Der Assistent-Resident stellte daher seinem Schutzbeschleunigen fünf Sepoys von der Residenz-Garde zur Verfügung, mit denen dieser vor das Posthaus zog. Als der Postmeister die bärigen Kerle in ihren schwarzen Röcken und weißen Turbanen sah, weigerte er sich erst, das Tor zu öffnen, entschloss sich aber dazu, als man ihm drohte, es zu brechen. Mit lautem Geschrei und unter Anrufung des Namens Gottes, sowieso der Schwiegerlöhne Mohammeds, Hassan und Hussein, beteuerte er laut die Richtigkeit seiner Angaben. Als aber auf einen Wink Werners die Sepoys ihre Peitschen auf seinen Rücken fallen ließen, sank er in die Knie und gestand, dass ein "Sahib", d. h. ein großer Herr, ihm zwanzig Tumans, also annähernd zweihundert Franc, dafür gegeben habe, dass er einen anderen "Sahib", dessen Personalbeschreibung genau auf Werner passte, mindestens einen Tag, womöglich aber zwei an der Weiterreise verhindern solle. Er habe daher seine Pferde bei einem Freunde untergestellt, bis auf die beiden, die der fremde "Sahib" mit dem Postillion zur Weiterreise brauchte und die einstweilen auf der nächsten Station bleiben sollten.

"Wie sah der fremde Sahib aus?" fragte Werner den noch immer auf den Knien Liegenden.

"Er war gekleidet, wie einer der Andeter des Feuers in Jead, möge Gott sie verdammen!"

"Welche Farbe hatten die Kleidung und der Bart dieses Feueranbeters?" fuhr Werner gespannt fort.

Dieser Sohn eines Hundes trug ein grünseides goldgesticktes Untergewand. Einen Bart aber hatte er nicht. Auch war er kein Andeter Khuramazdas, sondern ein weißer Sahib."

Wie von einer Natter gestochen fuhr Werner zurück. Jetzt schlich wußte er, wen der vermeintliche Parsi auf dem Schiffe so ähnlich gesehen hatte. Der Name Jennings' entfuhr leicht seinen Lippen und er begriff, dass der Verfolger nicht nur auf seiner Spur, sondern sogar ihm vorause war. Deshalb voraus, fragte er sich, und es rann ihm, der Hitze zum Trotz, fast durch die Adern. Wollte man ihm auf den scharfbaren Höhen nach Shiraz hinauf einen Hinterhalt legen? Jetzt bedauerte er, seinen Sohn nicht mit sich genommen zu haben. Wie aber, wenn eine ganze Rente über ihn herfiel? Hätte vielleicht Jennings mit einem Nomadenhäuptling bei Bingah deshalb verhandelt? Ja, das war's! Und deshalb suchte er auch seinen Ritt.

Nach dem Amtstags wurde die Motorbaumwirtschaft des Bezirksverbandes in den Anlagen der Marienallee vor dem Saisonhof in Tübingen präsentiert. Mit großem Interesse folgten die Teilnehmer den Vorführungen. (Dr. Th.)

Sächsische Einzelhandelsgesellschaft.

Die Frage der sächsischen Verwaltungsreform.

Dresden. In der letzten Geschäftsführerkonferenz der Sächsischen Einzelhandels-Gemeinschaft berichtete Prof. Dr. Rastner über die geplante Verwaltungsreform unter Berücksichtigung der Schlesischen Teufelkrist. Er wies darauf hin, dass die sächsische Verwaltungsreform nur die Vorstufe einer allgemeinen deutschen Verwaltungsreform sein könnte, die den gesamten öffentlichen Verwaltungsaufbau unter weitreichender Dezentralisation der Zone der öffentlichen Finanzen aufbase. Erst wenn Reich und Länder die Verwaltungsreform als Gemeinschaftsproblem aufgegriffen und erledigt, erst wenn hierbei die Länder im Vereinbarungswesen eine weitreichende Rechtsangleichung durchgeführt haben werden, wird sich die vielfach bestehende Nebenander-Arbeit von Reich, Ländern und Gemeinden beizulegen lassen, die heute die Verwaltung erdrückt und verteuert. Ausgabe der Wirtschaftsverbände werde es sein, diese Blätter auf das Maßnahmen zu unterstehen und ihre Ausführung auf einer überparteilichen Grundlage zu gewährleisten. Es sei zu bedauern, wenn diese Kräfte einzelnen Ländern und dem Reich zu Tage treten ließ, die entzweit und grobhaft in die Tat umgehenden Verhandlungen nur aufhalten könnten.

Dr. Steckbahn unterzog die Kommunal-Finanzpolitik einer einnehmenden Kritik. Die Haushaltspläne seien zu unzureichend.

Prof. Dr. Rastner berichtete ferner über die Vorschlagsliste zur Gewerbeordnung, die durch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bereits den Ministerien übermittelt worden sind. Sie besaßen bis in letzter Linie mit dem Wanderlager- und Bauernverband und schlossen eine Erweiterung des Kreises derjenigen Beraatungen vor, die vom Handel im Umlauf stehen ausgeschlossen sind.

Schließlich wurde festgestellt, dass die Sächsische Einzelhandels-Gemeinschaft sich in der Frage der Wohnungswirtschaft bisher völlig neutral gehalten habe. An diesem Standpunkt sollte auch in Zukunft festgehalten werden. Es sei jedoch zu betonen, dass die Folgen der Lockerungsmaßnahmen sich eher schädlich als fördernd für das Wirtschaftsleben ausgewirkt hätten.

Assessor Dr. Steckbahn berichtete darauf ausführlich über die Neuerungsvorschläge zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und lehnte in Übereinstimmung mit den Geschäftsführern die vom Industrie- und Handelstag erlassenen Vorschläge als ungeeignet ab.

Zum Schluss stand eine ausgedehnte Aussprache über die in Sachen einzuholende Tarifpolitik für den Einzelhandel statt.

Das deutsche Schulwesen in Niederschlesien.

Kopenbagen. Das Unterrichtsministerium hat gestern an den Deutschen Schulverein für Niederschlesien einen Schreiben gerichtet, in dem es auf eine vom Deutschen Schulverein an das Ministerium unter dem Titel: „Deutsche

Schulforderungen“ gerichtete Bullektiv antwortet. In der Bullektiv werden teils Widerprüfungen im Geiste über die Verwaltung der Volksküche in den nordostdeutschlandischen Landesstädten vom 1. Mai 1922, teils Errichtung deutscher höherer Schulen mit Berechtigung gebenden Bildungen verlangt. Das Ministerium erklärt hinsichtlich der Forderungen für die Volksküche, es halte sich an die im Geiste vom 1. Mai 1922 enthaltenen Vorstellungen über Errichtung deutschsprachiger kommunaler Schulen und leide keinen Grund, Hindernisse zu erwägen. Was die Bildung von Lehrern in den Städten in den deutschsprachigen Volksküchen betrifft, so seien deutsch ausgebildete Lehrer angestellt, die eine Erziehungsprüfung besonders im Dänischen bestanden hätten, sowie dänisch ausgebildete Lehrer, die in Deutschland eine erziehende Ausbildung erlangt hätten. Was höhere Schulen betrifft, so gebiete das Ministerium, die Vorstufen für deutschsprachige Schulen, deren Lehrer das Recht erhalten haben, Mittelschulprüfungen abzuhalten, weiter zu befolgen, und zwar darunter, dass der Unterricht auf deutscher Kulturgeschichte ruht, andererseits den Schülern die nötige Kenntnis dänischer Kultur und Fertigkeit in der dänischen Sprache beigebracht wird. Die eigentlichen Abgangsprüfungen der höheren Schulen, das Reifezeugnis und das Abiturientenzeugnis, müssten dänisch sein, und der Unterricht in den Klassen, die für diese Prüfung vorbereitet werden, müssen dänisch erteilt werden. Ein „vollberechtigter“ Unterricht im Unterrichtsstudium in Kopenbagen für die zur deutschen Minderheit gehörende Jugend, die an einer deutschen Universität die Abschlussprüfung gemacht habe, könne entsprechend den dänischen Bestimmungen nicht gewährt werden.

Protest Schred.

vda Leipzig. Als am Montag vormittag die Weisungsaufnahme im Höflicherprozeß Schred und Genossen fortgeführt werden sollte, hellte sich heraus, dass auch nicht ein einziger von den zwölf für Montag geladenen Zeugen aus Berlin zur Stelle war. Das Gericht beschloß deshalb, zunächst in die Beweisüberbringung über die der Anklage zugrunde liegenden gesetzlichen Urkunden einzutreten. Anschließend handelte es sich um eine angebliche Denkschrift des Majors Beck von Wülfingen über „Probleme der Landesverteidigung“. Auf Beifragen des Vorsitzenden gab Schred abermals zu, dass nicht ein gewisser Major die Denkschrift verfasst habe, wie es von Schred anfangs behauptet worden war, sondern dass er selbst sie aus Zeitungen, Broschüren und militärischen Büchern im Herbst 1924 zusammengetragen habe. In einer weiteren angeblichen Denkschrift über „Reorganisation der deutschen Wehrmacht“ wurde unter Weisung auf die antinationale pazifistische Tätigkeit geworben, dass die nationalen Militärverbände die einzige Hoffnung der militärischen Zukunft Deutschlands seien. In Tabellen, die als Anhang beigelegt sind, wird ausführlicher dargestellt, wie die angeblichen Offiziere und Mannschaften der Bünde, vom Stahlhelm bis zur Organisation Consul im Mobilisationsfall in die Reichswehr eingegliedert werden müssen. Insgesamt liegen sich aus diesen Verbänden 2 792 750 Mann aufstellen, zu denen dann noch 100 000 Mann an Reichswehr und 130 000 Mann an Schupo im Großteil fügen. Diese Tabellen will Schred einer Hamburger Zeitung entnommen und dann die Gesamtziffern nach Gurdunen auf die einzelnen Verbände in den Tabellen verteilt haben.

höchstens siebzig Kilometer, und hier von einen Teil auf den schwierigsten Pässen der Welt zurückzugehen. Er hatte hierdurch seinen ungeübten Körper Anstrengungen aufgelegt, die seine Leistungsfähigkeit in den folgenden Tagen schwer beeinträchtigen müssten.

Der Telegrapheninspektor erkannte dies sofort und riet ihm, vor allen Dingen ein heißes persisches Bad zu nehmen, sich von dem Badebieder gründlich massieren zu lassen, nachher im Badehaus eine gute Mahlzeit zu genießen, dann bis zum nächsten Morgen zu schlafen, sich den Leib mit festen Bandagen umwickeln zu lassen und dann nur die eine Tagestour bis Kamaradj über den beschwerlichen Pass gleichen Ramens zu machen. An den folgenden Tagen werde er sich dann wieder Strecken von hundert und mehr Kilometer zumutieren dürfen.

Werner unterwarf sich auch willig allen ihm von seinem Rageber empfohlenen körperlichen Maßnahmen. Aber in Bezug auf das Tempo der Reise bestand er auf seinem Ritt und erklärte, der Schlaf nach dem Bade werde ihn schon genügend erquicken, und er müsse spätestens mit dem Aufgehen des Mondes aufbrechen, um am nächsten Tage mindestens Kazerun zu erreichen.

Als er um ein Uhr nachts von seinem Wirt abschied nahm, war er außerstande, ohne Hilfe in den Sattel zu kommen. Da am nächsten Tage sowie ein Telegraphen-Schulam zur Besichtigung der Bünde an dieser bis Kazerun entlang reiten sollte, beorderte der Inspektor ihn, schon jetzt aufzubrechen und sich Werner bis zu dieser größeren Stadt anzuschließen, die Revision der vom Wege abweichenden Strecke aber auf der Rückfahrt vorzunehmen. So hatte Werner denn wenigstens einen zuverlässigeren Begleiter als den Postillion, der zurückgelassen werden konnte, da der Schulam auch den Auftrag erhielt, die Pferde zurückzubringen.

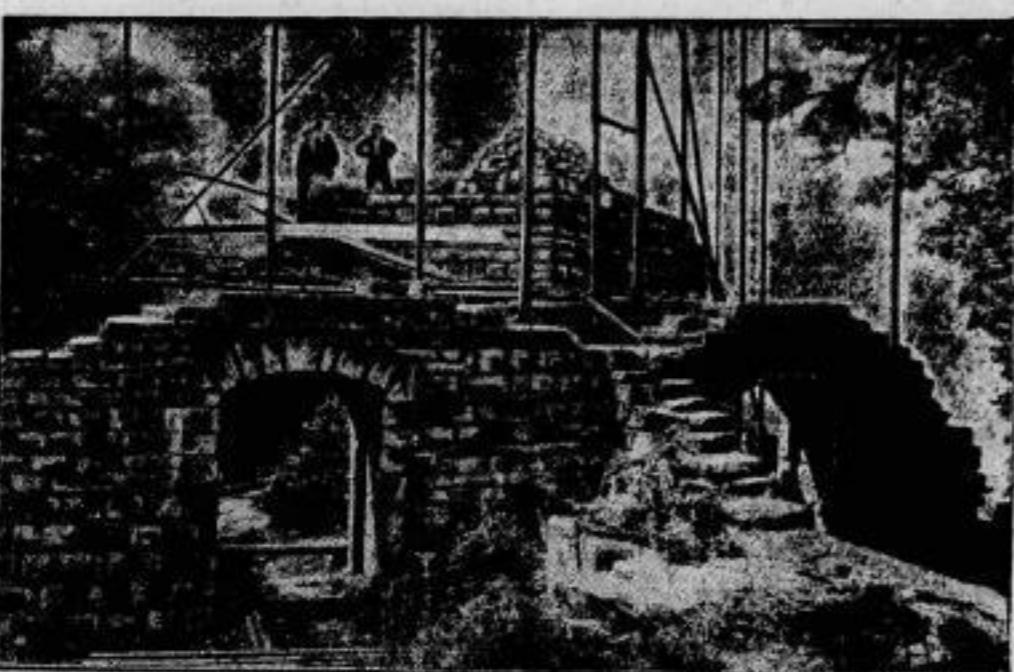
Werner brach auf. Mit eisernem Willen bekämpfte er die körperlichen Schmerzen, die besonders beim Erklimmen des steilen Passes und nach dem Ritt durch das Hochtal beim Heraufkommen heftig auftraten. Er atmete auf, als er das mächtige Tal von Kazerun vor sich ausgebüxt habe, an dessen gegenüberliegender Steilwand der Shapurfluss hervorbricht, um sich nach Durchquerung der Talebene links seinen Weg durch unpassierbare Schluchten bis zum Dolatissus zu bahnen.

Eben hatten den leichten Abstieg vollendet und wollten rechts in die breite, fruchtbare Ebene einbiegen, als der Schulam Werners Pferd am Zugel zurückzulehnen, einen sellen Schritt ausführte und mit der Hand auf die nordöstliche Felswand wies. Und in der Tat, dort, wo die Ruinen der alten Königstadt Shapur, in der einst die Shahaniden herrschten, hatten sich an dem Flusse gleichen Namens erhaben, bewegte sich etwas. Schnell griff Werner zum Dreiderlinocle: wirklich, da wiederte sich hinter den verfallenen Bauten ein Reiterzug von sieben Mann hervor, die im scharfen Galopp gerade auf ihn und seinen Genossen zu fahren. Es waren Nomaden, zweijellos! Ob aber die ihm auflauerten? Wer konnte es sagen! Jedermann war er mit seinen Waffen diesem kleinen Trupp im offenen Tale gewachsen. So sprang er denn vom Pferde, ergriff sein Reitergewehr und sandte den Reitern eine Kugel nach der anderen entgegen. Freilich waren sie noch lange nicht in Schuhweite von ihm. Über sie machten holt: offenbar hatten sie am Einschlag der Kugel geschossen, welche gefährliche Distanz die Waffe hatte. Und als nun Werner eine frische Ladung einschob und wieder zu feuern begann, machten die Reiter fecht und verschwanden in kurzer Zeit im Shapurkale.

Deutsche Eisbodenkämpfen auf dem Riekersee.
Rüttreide Riedbauer mobierten den Kampf um die deutschen Eisboden- und Schnelllauf-Weltmeisterschaften auf dem Riekersee (Worms) bei. Um Eisboden erwies sich, wie erwartet, die Mannschaft des Berliner Schlittschuhclubs als die beste. Am Eislaufneuen zeigte sich Vollbracht (Mitsch) als der beste, fand jedoch im 10 000 m Rennen durch Sturz um seine Siegerauslichten.



Eisbodenkampf C. C. Riekersee gegen H. C. Stuttgart.
Eine brenzliche Situation vor dem Stuttgarter Tor.



Ausgrabungen in einer Hohenstaufenburg.
Die Ruinen der mittelalterlichen Hohenstaufenburg bei Oberbach im Odenwald werden einer Renovierung unterzogen, um das alte Baudenkmal zu erhalten. Da man bereits früher wertvolle Funde aus den Trümmern heraugeholt hat, will man gelegentlich der Renovierungsarbeiten die Ausgrabungen wieder aufnehmen.



Der deutsche Schnellläufer Vollbracht,
dem es gelang, den Schnellläufer Manse im 5000-Meter-Rennen
zu schlagen



Umtaumittag des neuen deutschen Reichswehrministers.
Der neue Reichswehrminister u. Dr. Gehrke.
Im Reichswehrministerium fand die offizielle Übergabe
des Amtes des Reichswehrministers durch Dr. Gehrke an
General Groener statt.



Zeremonie zum 1. Todestage des Kaisers von Japan.
An jedem vierjährigen Todestag des Kaisers von Japan findet in seinem ehemaligen Palast ein Gottesdienst statt, zu welchem seine „Seelen“ von der Paulskirche-Halle nach dem Kaiserlichen Haus auf einem einfachen Karren gebracht wird. Voran gehen Kräger mit dem Altar, der mit einem weißen Tuch bedekt ist.



Ägyptische Abgüsse.
Abguß des Kopfes der ägyptischen Königin Nefertiti.
Die Staatlichen Museen in Berlin haben eine Einrichtung, die den wenigen bekannten ist. Von den Skulpturen, die sich in den Museen befinden, werden naturgetreue Nachbildungen aus Gips hergestellt, die man schon von 3 Meter an erhalten kann. Ein ganzer Saal von Kunsthändlern ist beschäftigt, die Museumskunstwerke dem Bleibenden auch für das eigene Heim zugänglich zu machen. Durch die niedrigen Preise trägt die staatliche Gipsformerei in Charlottenburg dazu bei, auch den Unbemittelten von kitschigen Gipsfiguren zur wahren Kunst zu führen.

Zum Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes.

Berlin. (Hunkspruch.) Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat in die Beratung über den demokratischen Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes ein.

Ministerialdirektor Ritter (Reichsarbeitsministerium) wies darauf hin, daß die Reichsregierung an der Erklärung festhalte, wonach eine Stellungnahme der Regierung zu der Frage der Versorgung der Kleinrentner erst im Zusammenhang mit dem gesamten Reichshaushalt möglich sein werde.

Abg. Menzel (Dnat) erklärte namens der Deutschen-nationalen Fraktion, daß sie sich auf den Boden des vorliegenden demokratischen Antrags stelle, was an sich selbstverständlich sei, weil die deutsch-nationale Fraktion bereits im Juni 1926 einen Antrag gestellt habe, worin die Gewährleistung des Reichsanspruches der Kleinrentner zum Ausdruck gekommen sei. Er bedauerte, daß damals die demokratische Fraktion sich nicht mit der Entscheidlichkeit für diesen Rechtsanspruch eingestellt habe, wie sie es jetzt als Oppositionspartei tue.

Die Sozialdemokraten verlangten sofort in die Beratung einzutreten.

Abg. Dr. Mah (DWP) erklärte, der demokratische Gesetzentwurf sei eine brauchbare Grundlage.

Es werde nicht möglich sein, im Rahmen dieses Gesetzes alle diejenigen Personen zu erfassen, die heute unter dem Namen „Kleinrentner“ in der Fürsorge ständen. Der Entwurf setze eine Grenze von 10.000 Mark Vermögen bez. 500 Mark Einkommen vor. An dieser Grenze werde man festhalten müssen.

Franz Abg. Dr. Lüders (Dem.) bringt ihr Erkennen, aber zugleich auch ihre Freude darüber zum Ausdruck, daß sich nunmehr die Regierungsparteien auf den Boden des demokratischen Antrags stellen.

Für das Zentrum erklärte Franz Abg. Tensch, daß das Zentrum angesichts der Regierungserklärung und der Stellungnahme der anderen Regierungsparteien dem Eintritt in die Beratungen nicht widersprechen wird; es bedauere aber, daß durch die Beratungen auf Grund der demokratischen Vorlage bei allen beteiligten Kreisen, die doch nur zu einem Drittel erschlossen seien, erneut die Hoffnungen geschwächt würden, deren Erfüllung finanziell noch nicht sichergestellt sei. Das Zentrum lehne heute schon jede Verantwortung dafür ab; wenn trotz der Beratung dieses Gesetzes nachher für dessen Erfüllung Schwierigkeiten erwischen.

Der Ausschuss trat dann in die Einzelberatung ein.

stelle ein Untergang, der mit einem Verlorenwagen zusammenhängt. Sieben Personen wurden getötet und 18 verletzt, darunter 11 Kinder.

Zwei Knaben im Eis eingebrochen und ertrunken. Ein 14-jähriger Knabe, der sich mit seinem gleichaltrigen Kameraden auf dem Eis eines Teiches in der Nähe der Domäne Friedberg tummelierte, brach plötzlich ein und verschwand unter der Eisfläche. Bei den Rettungsversuchen kam zu retten, brach auch der zweite Knabe ein und beide ertranken.

Der Tod bei Kronberg aufgedeckt. Am 20. November vergangenen Jahres wurde bekanntlich in der Gemarke Kronberg die 27 Jahre alte Auguste Gerber ermordet aufgefunden. Nach den Tatsachen zu schließen, konnte nur ihr Bräutigam, der Arbeiter Peter Müller aus Oberhöchstadt, als Täter in Frage kommen. Müller war nach der Tat ohne Mantel und Kopfbedeckung flüchtig und alle Nachforschungen nach seinem Verbleib blieben bisher ergieblos. Am 21. Januar wurde nun im Gebiet der Landeskriminalpolizeistelle Frankfurt am Main gezeigt. Eine Erkennung der Person nach ihrem Leichnam war nicht mehr möglich. Die an Hand der an der Leiche noch befindlichen Reste von Bekleidungsstücke vorgenommenen Bestellungen ließen den Verdacht zu, daß es sich bei dem unbekannten Toten um den Mörder der Gerber handeln könnte. Durch Entfernung eines Kriminalelementen zu den Angehörigen des Müller wurde festgestellt, daß die vorgesetzten Stoffreste Zeife von Bekleidung des Verhandelten sind; auch die bei dem Erkenneten vorgefundene Brosche wurde als ein Geschenk des Mörder an Müller erkannt. Dem Zustand der Leiche nach zu schließen, hat Müller unmittelbar nach der Tat den Tod im Main gefunden.

Neue Kältewelle in Polen. Seit gestern ist in ganz Polen wieder eine Kältewelle eingetreten, die dieses Mal mit starken Schneefällen verbunden ist. In Warschau liegt bereits über 1½ Meter Schnee. Aus allen Teilen Polens wird von empfindlichen Verkehrsstörungen berichtet. In der Nähe von Nowogrodzki blieb ein Zug im Schnee stecken.

Der Typhus in Dwingen. Zu den Typhus-Erkrankungen in Dwingen im Kreise Alsfeld erfahren wir an zuständiger Stelle, daß am Sonnabend vier weitere Erkrankte ins Gronauer Krankenhaus eingeliefert wurden. Bei zweien besteht jedoch nur Typhusverdacht. Die Gesamtzahl der Typhuskranken beträgt bis heute 22. Gestorben ist bisher eine Person. Geheimrat Bentz-Berlin vom preußischen Ministerium für Volkswirtschaft begab sich nach Dwingen, um an Ort und Stelle Erfundigungen einzuziehen. Es wurde festgestellt, daß die Erkrankungen leichter Art sind.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war die Tendenz des Effektenmarktes am Montag nicht einheitlich. zunächst trat eine erhebliche Abschwächung ein, und zwar insbesondere auf Grund eines großen Angebots von Aktien der Farbenindustrie. Später aber erholt sich dann der Markt, so daß die Tendenz allgemein fester wurde. Am Rentenmarkt notierte Abfuhrungsanleihe I 02,20, II 56,9, Neuemissionen 16,95 Prozent. Schiffahrtssaktien, die anfangs 1 bis 1½ Prozent nachgaben, konnten sich nachher wieder um 1 Prozent erhöhen. Bei den Bantaffeln gab es durchweg Abschwächungen von 1 bis 1½ Prozent. Von den Monatserlösen verloren Harpener 3 Prozent, Essener Stahlhof, Mannesmann und Schlesische Bergwerke 2 Prozent. Im Laufe der Börse verminderte sich die Einbuße auf 1 Prozent. Kalt-Werte hatten nur geringes Geschäft bei leicht sinkenden Kursen. Die Aktien der Farbenindustrie muhten zunächst eine 2 Prozent nachgeben, schlossen aber dann wieder zu einem höheren Kurs. Elektrizitätswerte verloren etwa 3 Prozent. Maschinenwerte hatten nur geringes Geschäft. Ludwig Löwe verloren 3 Prozent, Daimler und Adler je 2 Prozent. Der Tag für börsliches Geld war 4-5 Prozent, für Monatsgeld 7½-8 Prozent. Der Privatkonto blieb unverändert.

Marktberichte.

Amtlich festgestellte Preise an der Produktionsbörsen zu Berlin am 23. Januar. Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, männlicher 233-236, pomme. — Roggen, männlicher 236-239, männlicher neu 236, pomme. — Gerste, Sommergerste 220-270, neue Wintergerste 201-212, schlechtes. — Mais, letz. Berlin 213-215, Wagon frei Hamburg. — Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sud (feinstes Marzen über Rotig) 30,00-34,00. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sud 31,00-33,75. Weizenkleie, frei Berlin 15,00. Roggenkleie, Jr. Berlin 15,00. Raps 345-350. Leinsaat 5. Bitterer-Grüns 50,00-56,00, II. Speise-Grüns 34,00. B. 35,00. Buttererbsen 21,00-22,00. Schüsselkorn 20,00-21,00. Butterkörner 20,00-21,00. Blüten 21,00-24,00. Lupinen, Blüte 14,00-14,75, gelbe 15,70-16,10. Serradella, neu 21,00-26,00. Rapsfrüchte Barts 38%, 19,90-20,10. Rapsfrüchte Barts 37%, 22,10 bis 22,40. Traubenschnitzel 12,80-12,80. Goss-Extraktions-Cörst Barts 45%, 21,60-21,90. Rapsfrüchten 23,80-23,80.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Januar	Moldau		Eger		Elbe									
	Ras.	Mos-	Naun-	Rim-	Strom-	Mei-	Deit-	Dres-						
	mait	dean	burg	burg	itz	merit	sig	ben	Nieje					
23.	+	12	-	24	+	5	+	22	+ 44	+ 10	+ 16	+ 48	- 88	+ 10
24.	+	9	-	24	+	8	+	23	+ 44	+ 6	+ 12	+ 27	- 102	- 0

Möbl. Zimmer

in nur gut. rub. Hause mögl. sofort von geb. der rustik. Dame (Sekretärin) gefüllt. Angeb. unt. 3.965 an das Tageblatt Niesa.

Wur möbl. Zimmer

aus jung. Dame verlost gerucht. Angeb. unt. 3.965 an das Tageblatt Niesa.

Wer tanzt

3-4. Zimmer - Wohnung gegen 3. Zimmer - Wohnung in Gröde oder Niesa? Zu erste. im Tageblatt Niesa.

Laden vermieten

Pauscher Str. 5.

Zuverlässige Person

zum Zeitungsauftragen sofort für

Nünchritz

sofort. Meldungen an die Tageblatt-Geschäftsstelle Niesa.

2 Praxisräume

gekauft. Angeb. u. W 966 an das Tageblatt Niesa.

Bermischtes.

Das Autounglück bei Friedeberg. Zu dem Autounglück bei Friedeberg tritt die Preisstelle der Reichsbahndirektion Breslau mit: Am 22. Januar um 1:00 Uhr nachmittags wurde der Personenzugwagen des Herrn Paul Buch aus Goldberg auf dem unbewachten, aber gut überführten Chausseehügel zwischen dem Bahnhof Schmiedeberg und Birkicht der Nebenbahn Friedeberg-Friedeberg am Lueis durch Personenzug 1300 überfahren. Herr Paul Buch aus Goldberg und Herr Walter Höhner aus Rosendorf sind getötet, Fräulein Marianne Höhner aus Rosendorf schwer und Herr Längner aus Goldberg leicht verletzt worden.

Vom Zug überfahren. Die Preisstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Am 21. Januar um 5:10 Uhr nachmittags wurde das Gespräch des Fußgängers Carl Zimmer aus Breslau, Gräbschenstraße 49, auf dem Nebenweg zwischen Klein-Niechern und Gräbschen vom Personenzug 776 angefahren. Der

Wagenlenker und ein Pferd blieben unverletzt, das zweite Pferd wurde getötet. Das Fuhrwerk, das unbefeuert war und leicht beschädigt wurde, konnte von dem in einiger Entfernung befindlichen Schrankenwärter bei der Dunkelheit nicht gehoben werden.

Havarie eines deutschen Dampfers. Der deutsche Dampfer "Vallas", der mit einer Ladung von drei Tonnen Kies aus Karbit abgegangen war, ist zwischen Bodd und Druhheim auf Grund gesunken. Der Dampfer wurde wieder flott gemacht, mußte jedoch später wegen eines Leckes auf Strand gehestellt werden. Ein Retungsdampfer ist unterwegs.

Das Nationaltheater in Neulack durch ein Feuer vernichtet. Im Nationaltheater in Neulack brach gestern nachts ein Brand aus, der das ganze Gebäude zerstörte. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden wird auf mehrere Millionen Dina geschätzt.

Eisenbahnunglück in Indien. Ein gewaltiger Verlust- und Güterzug des Eisenbahnmannes Bengal und Nordwesten wurde gestern abend zwischen Dacca und Rishonpur auseinandergerissen. Dabei ent-